Zeitschrift: Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern
Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern
Band: 10 (1871)

Rubrik: Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Reglement

5. Januar
1871.

über

die Obliegenheiten der Volksschulbehörden des Kantons Bern.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,
in Ausführung des Gesetzes über die Organisation des
Schulwesens vom 24. Juni 1856 und des Gesetzes über
die öffentlichen Primarschulen vom 8. März 1870,
auf den Antrag der Direktion der Erziehung,
beschließt:

§ 1.

Die Beaufsichtigung und Leitung des Volksschulwesens
im Kanton Bern kommt der Erziehungsdirektion als Ober-
behörde zu. Ihre Obliegenheiten ergeben sich aus der
Verfassung (§ 46), aus dem Gesetze über die Organisation
und die Geschäftsform des Regierungsrathes und der
Direktionen, sowie aus den Gesetzen, Reglementen und
Verordnungen über das Schulwesen.

5. Januar
1871.

Erster Theil. Primarschulen.

§ 2.

Die Behörden und Beamten, welche der Erziehungsdirektion in Sachen des Primarschulwesens als vollziehende Organe dienen, sind die Inspektoren und die Schulkommissionen; ferner als mitwirkend die Regierungsstatthalter, die Gemeinden und Gemeinderäthe, die Ortsgeistlichen.

I. Die Schulinspektoren.

§ 3.

Den Schulinspektoren als vermittelnden Organen zwischen der Erziehungsdirektion und den einzelnen Schulen und Anstalten liegt die technische Aufsicht und Leitung der öffentlichen Primarschulen und die Aufsicht über die Privatschulen ob. (§ 57 des Gesetzes über die öffentlichen Primarschulen vom 8. März 1870.)

§ 4.

Sie haben demnach darüber zu wachen:

- a. daß die ihrer Aufsicht unterstellten Primarschulen sowohl nach ihren Leistungen als nach ihrer innern und äußern Einrichtung den gesetzlichen und reglementarischen Vorschriften entsprechen und dadurch die Erreichung des Schulzweckes gesichert werde;
- b. daß die Lehrer und Lehrerinnen die von ihnen übernommenen Pflichten in ihrem ganzen Umfange erfüllen;
- c. daß auch die Gemeinden, die Gemeinde- und Schulbehörden, sowie die Eltern und Pflegereltern der Schulkinder ihre Pflicht gegen die Schule thun.

§ 5.

5. Januar
1871.

Um den jeweiligen Zustand der Schulen zu ermitteln und vorhandene Uebelstände und Mängel zu beseitigen, werden die Inspektoren sämtliche Schulen ihres Kreises regelmäßig inspizieren und überdieß dieselben so oft als möglich besuchen.

§ 6.

Die Inspektion wird in folgender Weise durchgeführt:

- a. Jede Schule wird in der Regel jährlich einmal einzulässig inspiziert ;
- b. die Inspektion erstreckt sich sowohl auf die innern als äußern Verhältnisse der Schulen, von denen das Gedeihen derselben abhängt. Dahin gehören namentlich: Lokalitäten, Schulgeräthschaften, Betisung und Bestuhlung, Lehrmittel, Ordnung und Reinlichkeit, Schulbesuch und Thätigkeit der Schulkommissionen, sowie Umfang, Gliederung und Methode des Unterrichts, Gebrauch der obligatorischen Lehrmittel, Klasseneintheilung, Promotion, Disziplin und Geist der Schule ;
- c. die Inspektion in den einzelnen Fächern wird je nach der Natur derselben, wie nach den eigenthümlichen Verhältnissen der betreffenden Schulen, vom Inspektor und vom Lehrer nach den Anordnungen des erstern abwechselnd vorgenommen ;
- d. zu den Inspektionen werden jeweilen die Präsidenten der Schulkommissionen und durch diese die Mitglieder derselben eingeladen ;
- e. am Schlusse der Inspektion bringt der Inspektor das Resultat derselben den anwesenden Mitgliedern der Schulkommission, dem Lehrer und den Schülern in geeigneter Weise zur Kenntniß und schließt daran die nöthigen Mahnungen und Weisungen.

5. Januar
1871.

§ 7.

Die Schulinspektoren führen auch die Aufsicht über die Arbeitsschulen, stellen die von den Schulkommissionen erhaltenen Berichte (Arbeitsschulrödel) je am Schlusse eines Semesters tabellarisch zusammen und senden diese mit den nöthigen Bemerkungen an die Erziehungsdirektion.

§ 8.

Sie überwachen ferner den Privatunterricht, die Privatschulen und Privaterziehungsanstalten und begutachten einlangende Gesuche um Lehrbewilligungen nach Vorschrift der bezüglichen Gesetze.

§ 9.

Sie lenken überhaupt ihre Aufmerksamkeit auf Bestrebungen zur Förderung der Volksbildung, wie namentlich auf Gründung und Unterhaltung von landwirthschaftlichen und gewerblichen Fortbildungsschulen, Volks- und Jugendbibliotheken, Gesang- und Turnvereinen.

§ 10.

Sie sind befugt, von den Schulrechnungen der Gemeinden Einsicht zu nehmen.

§ 11.

Sie sind endlich speziell verpflichtet:

- a. über Urlaubsbegehren von Lehrern bis auf einen Monat zu entscheiden; Begehren um längern Urlaub erledigt die Erziehungsdirektion auf den Bericht des Schulinspektors;

die Inspektoren werden in diesen Fällen das Nöthige anordnen, damit der Unterricht nicht unterbrochen werde und zu diesem Zwecke nach Anhörung

5. Januar
1871.

- der Schulkommission der Erziehungsdirektion Vorschläge zur Anstellung von Stellvertretern einreichen; das nämliche Verfahren findet überhaupt bei provisorischen Besetzungen von Schulstellen statt;
- b. den Lehrern auf Begehren Zeugnisse auszustellen über ihre Fähigkeiten, ihre Leistungen und ihr sittliches Verhalten;
 - c. die Stats des Primarlehrerpersonals ihres Kreises vierteljährlich an die Kantonsbuchhalterei behufs Anweisung der betreffenden Amtschaffnerei zur Ausrichtung der Staatszulage einzureichen und der Erziehungsdirektion von dem Etat der Anweisungen Kenntniß zu geben;
 - d. die Schulausschreibungen zu prüfen und mit den nöthigen Bemerkungen der Erziehungsdirektion einzusenden; die Bewerberexamen, wo es möglich ist, selbst zu leiten, oder eine andere geeignete Person damit zu beauftragen; Kenntniß zu nehmen von der Bewerberliste und ihre Ansicht darüber der Schulkommission behufs Bildung eines Wahlvorschlages mitzutheilen, so wie endlich die erfolgten Wahlen der Erziehungsdirektion anzuzeigen;
 - e. die Baupläne für Schulhausbauten zu prüfen und zu begutachten und über die Ausführung derselben nach vollendetem Bau zu berichten;
 - f. die Prüfung derjenigen Schüler zu leiten, welche nach § 3 des Schulgesetzes vor Ablauf des 9. Schuljahres die Primarschule zu verlassen wünschen;

diese Prüfung wird von der Erziehungsdirektion jährlich so angeordnet, daß in jedem Amtsbezirke eine solche vor Schluß des Schuljahres stattfinden kann;

5. Januar
1871.

die Prüfung ist öffentlich und wird vom Schulinspektor des Kreises, unter Beiziehung unbetheiligter Schulmänner, abgehalten. Nach der Prüfung übermittelt der Inspektor Bericht und Antrag an die Erziehungsdirektion ;

die Entlassung aus der Schule findet nur dann statt, wenn durch die Prüfung konstatiert ist, daß die betreffenden Schüler ihr Primarschulpensum erfüllt haben ;

- g. jeweilen am Schlusse eines Schulhalbjahres die Schulrödel zu prüfen und dieselben, mit den nöthigen Bemerkungen und Weisungen versehen, den Schulkommissionen zurückzusenden ;
- h. da, wo es zweckdienlich scheint, öffentliche Schulkonferenzen mit den Lehrern und Ortsschulbehörden zur Besprechung von Fragen, die zum Nutzen und Frommen des Schulwesens dienen können, zu veranstalten und zu leiten ;
- i. der Erziehungsdirektion alljährlich am Schlusse eines Kalenderjahres, und zwar bis Ende Januar, einen Bericht über den Zustand des Gesamtschulwesens ihrer Kreise nach einer die möglichste Gleichmäßigkeit bezweckenden Norm zu erstatten ;
- k. folgende Bücher zu führen :

ein Tagebuch, in welches die Ergebnisse der Inspektionen eingetragen werden; eine Hauptkontrolle über sämtliche Schulen des Inspektoratskreises, so wie über die an denselben angestellten Lehrer und Lehrerinnen und ihre Dienstjahre; eine Geschäftskontrolle, in welche die ein- und ausgehenden amtlichen Korrespondenzen, mit Angabe ihres wesentlichen Inhalts, eingetragen werden.

II. Die Schulkommissionen.

5. Januar
1871.

§ 12.

Die Mitglieder der Primarschulkommissionen werden mit einer Amtsdauer von sechs Jahren durch die Einwohnergemeinde, oder wo eine besondere Schulgemeinde besteht, durch diese gewählt, es sei denn, daß die Wahl derselben dem Gemeinderathe übertragen wird, worüber das Organisationsreglement der Einwohnergemeinde, resp. Schulgemeinde, das Nähere zu bestimmen hat. Ein Drittel der Mitglieder kommt je nach zwei Jahren in Austritt, ist aber aufs Neue wählbar.

Die Lehrer sollen zu allen Verhandlungen, die sie nicht persönlich betreffen, mit beratender Stimme beigezogen werden; besonders haben sie jeweilen bei den Censuren über den Schulbesuch mit den für die Periode angefertigten Schulrödeln zu erscheinen, um erforderlichen Falls mündlichen Rapport zu erstatten.

In Gemeinden von besonders zahlreichem Lehrpersonal kann mit Einwilligung der Erziehungsdirektion eine Vertretung der Lehrerschaft stattfinden.

§ 13.

Die Schulkommissionen bezeichnen ihre Präsidenten, Vizepräsidenten und Sekretäre und bestimmen die Geschäftsform für ihre Verhandlungen, soweit nicht Gemeindereglemente Vorschriften darüber enthalten.

Sie versammeln sich so oft, als die Geschäfte es erfordern. Ihre Verhandlungen werden protokolliert.

§ 14.

Die Schulkommissionen haben die Aufgabe, die Schulen ihres Kreises und auch die Mädchenarbeitschulen nach den

5. Januar 1871. besonders hiefür aufgestellten Gesetzesvorschriften zu beaufsichtigen und zu leiten. Sie wachen sorgfältig über die Beobachtung der Schulgesetze, der bezüglichen Verordnungen und Verfügungen kompetenter Behörden und entfernen die Hindernisse, welche ihrer Durchführung im Wege stehen, nach Kräften.

Dem Schulinspektor erstatten sie auf dessen Verlangen Bericht über Alles, was derselbe in Schulsachen ihres Kreises zu wissen für nöthig erachtet.

Ihr Verkehr mit der obern Behörde hat jeweilen durch die Vermittlung des Schulinspektors zu geschehen.

§ 15.

Sie treffen Anordnungen, daß im Winter jeden Monat wenigstens eine Schulvisitation durch Mitglieder der Schulkommission stattfindet. Im Sommer geschieht dieß so oft als möglich. Besuchende haben ihre Namen nebst dem Datum des Besuches in den Schulrodel einzutragen.

§ 16.

Im Fernern liegt ihnen speziell ob:

- a. die Sorge, daß alljährlich die bildungsfähigen Kinder ihres Schulkreises, welche vor dem ersten April des Jahres das sechste Altersjahr zurückgelegt haben, vor Beginn des Sommerschulsemesters desselben Jahres auf das Verzeichniß der schulpflichtigen Kinder getragen werden;

Eltern oder deren Stellvertreter, welche bei diesem Geschäfte ihre schulpflichtig gewordenen Kinder der Schulpflicht zu entziehen suchen, sind dem Richter zur Bestrafung zu überweisen;

- b. der Entscheid über die Bildungsfähigkeit eines Kindes, gestützt auf ein ärztliches Gutachten;

5. Januar
1871.

- c. die Gestattung des Schulbesuchs von Kindern aus einem andern Schulkreis als dem des Wohnorts, und Anzeige davon an die betreffende Schulkommission ;
- d. die Handhabung fleißigen Schulbesuches und monatliche Prüfung und Berechnung der Abwesenheiten und der allfällig dafür angebrachten Entschuldigungen ;
- e. die Ahndung nicht genügend entschuldigter Abwesenheiten, nach Vorschrift einschlagender Gesetzesbestimmungen, durch schriftliche Mahnung der Eltern oder deren Stellvertreter, oder durch Anzeige zur Bestrafung ;
- f. die Bestimmung des Anfanges eines jeden Schulhalbjahres, der Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden und deren Vertheilung nach den §§ 4 und 5 des Gesetzes ;
- g. Genehmigung der Unterrichts- und Stundenpläne nach Maßgabe der reglementarischen und obligatorischen Vorschriften ;
- h. die Verlegung der Ferien auf die geeigneten Zeiten ;
- i. die Bewilligung von Urlaub an die Lehrer bis auf 14 Tage und die Sorge für deren Stellvertretung, unter Anzeige an den Schulinspektor ;
- k. die Festsetzung der öffentlichen Schluß- und Jahresprüfungen und die unmittelbar auf dieselbe folgende Promotion der Schüler aus einer untern in eine obere Klasse ; diese Prüfung und Promotion soll jedoch nie vor Schluß der Winterschule abgehalten werden ;
- l. die Prüfung und Untersuchung von allfälligen Klagen gegen die Lehrer und, je nach der Natur dieser Klagen, die Beseitigung derselben, oder die Ueberweisung an die obere Behörde nach Mitgabe von § 53 des Gesetzes ;

5. Januar
1871.

- m. die Ausstellung von Zeugnissen an Lehrer, welche über ihre Amtsführung solche verlangen ;
- n. die Sorge, daß Zucht und Sitte, Ordnung und Reinlichkeit, Fleiß und Thätigkeit in den Schulen erhalten und geweckt, treue Lehrer ermuntert und unterstützt und nachlässige zur Pflichterfüllung angehalten werden ;
- o. die Sorge für entsprechende Schullofale und gehörige Unterhaltung des Schulhauses, sowie für genügende Lehrmittel, damit der Unterricht ungestört seinen Fortgang haben kann ;
- p. die Ueberwachung des vom Lehrer nach § 38 des Gesetzes geführten Inventars über das bewegliche Eigenthum der Schule ;
- q. die Sorge, daß eine regelmäßige und vollständige Ausrichtung der Lehrerbefoldungen, namentlich auch der Naturalleistungen (§ 25 d. Ges.), sowie rechtzeitige Lieferung des Materials für Reinigung und Beheizung des Schulzimmers erfolgt ;
- r. die Sorge für Erhaltung und Neufnung des Schulfonds und die Führung des Rechnungswesens mit Bezugnahme auf den durch die Gemeinde aufgestellten Kostenvoranschlag, so weit dasselbe nicht von der Gemeinde und dem Gemeinderathe besorgt wird ;
- s. die Entgegennahme der Demissionsbegehren von Lehrern, die Einsendung der Schulausschreibungsentwürfe an den Schulinspektor zu Händen der Erziehungsdirektion, die Abnahme und Prüfung der Schriften von Bewerbern, die Anhörung der Bewerberprüfung, oder, falls eine solche nicht verlangt wird, Uebermittlung der Bewerberliste sammt den bezüglichen Schriften an den Schulinspektor und die Entgegennahme von

dessen Ansichten zur Bildung eines Wahlvorschlages an die Gemeinde. 5. Januar 1871.

Findet keine definitive Besetzung der Lehrerstelle statt, so treffen die Schulkommissionen die nöthigen Anordnungen (§ 48 des Gesetzes).

Sie sorgen besonders dafür, daß die Schulstelle vor Auslauf der Amtsdauer in der oben angegebenen Weise wieder besetzt werde. Jeder Lehrerwechsel ist dem Inspektor sofort anzuzeigen.

§ 17.

Sie wohnen den Schulinspektionen und den jährlichen Schulexamen bei. Sie bestimmen für jedes Fach auf Grundlage des obligatorischen Unterrichtsplans und des Jahrespensums den Gegenstand, über welchen der Lehrer examiniren soll, oder sie übertragen dieses einer geeigneten Persönlichkeit. Vom Ergebnis des Examens ist im Schulkommissions-Protokoll jedes Mal Vormerkung zu nehmen.

§ 18.

Sie ordnen am Ende jedes Schuljahres die Promotion an, welche nach einer durch Schulkommissionsmitglieder und die Lehrer geleiteten Einzelprüfung stattfindet. Der obligatorische Unterrichtsplan bildet die Grundlage für diese Prüfung. Die Beförderten treten am ersten Tage der Sommerschule, versehen mit den für die folgende Unterrichtsstufe erforderlichen Lehrmitteln, in die neue Klasse ein. Den Lehrern ist es untersagt, von sich aus Promotionen vorzunehmen.

5. Januar
1871.

III. Die Regierungsstatthalter.

§ 19.

Die Regierungsstatthalter, als oberste Administrativbeamten der Amtsbezirke, haben dem Erziehungs- und Schulwesen ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und Alles zu thun, was in ihrer Stellung liegt, um dasselbe fördern und heben zu helfen. Der Erziehungsdirektion und den Schulinspektoren sollen sie nöthigenfalls mit Rath und That an die Hand gehen.

§ 20.

Ohne Vorwissen, mit Umgehung, oder gar im Widerspruch mit den gesetzlich aufgestellten Schulbehörden, sollen sie jedoch niemals von sich aus Anordnungen oder Verfügungen in Schulsachen treffen. Finden sie Uebelstände deren Beseitigung ihnen nothwendig oder thunlich erscheint so haben sie dieselben der Erziehungsdirektion einzubereichten.

§ 21.

Besonders liegt ihnen ob :

- a. Die Gemeindebehörden überhaupt in Bezug auf Pflichterfüllung im Schulwesen zu beaufsichtigen und faumselige Schulkommissionen an ihre Pflicht zu erinnern (Schulgesetz § 9);
- b. wo es nothwendig ist, die Gemeinden zur Verbesserung der äußern Verhältnisse der Schulen anzuhalten;
- c. die Primarschulgutsrechnungen regelmäßig zu untersuchen, und darauf zu achten, daß die zur Bildung und Aufrechterhaltung der Schulgüter bezeichneten Einkünfte (§ 34 des Gesetzes), namentlich die Eintrittsgebühren und Buspengelder gehörig bezogen und wirklich zu obigem Zweck verwendet werden;

d. Reklamationen der Lehrer wegen nachlässiger Bezahlung ihrer Besoldungen gehörige Folge zu geben.

5. Januar
1871.

IV. Die Einwohnergemeinden, resp. Schulgemeinden.

§ 22.

Die Verwaltung sämmtlicher öffentlichen Primarschulen ist in der Regel Sache der Einwohnergemeinde. Wo besondere Schulgemeinden existiren, sei es, daß mehrere Einwohnergemeinden oder Theile solcher eine Schulgemeinde bilden, liegt die Verwaltung des Schulwesens der Schulgemeinde ob. (Gemeindegeseß § 15, Schulgeseß § 12.) Solche Schulgemeinden haben dem Regierungsrathe ihre Verwaltungsreglemente zur Sanktion einzureichen (Gemeindegeseß § 75).

§ 23.

Die Einwohnergemeinden, resp. die Schulgemeinden, haben die Lehrerwahlen auf Grund der öffentlichen Ausschreibung der Schulstelle, des Wahlvorschlages der Schulkommission und des Gutachtens des Schulinspektors vorzunehmen und dieselben beförderlichst dem Lehrern zu Handen der Erziehungsdirektion anzuzeigen.

§ 24.

Sie wählen die Mitglieder der Primarschulkommissionen, insofern diese Wahl nicht dem Gemeinderathe übertragen wird.

§ 25.

Sie stellen jeweilen vor Beginn des Kalenderjahres einen Voranschlag über die Kosten ihrer Primarschulen auf, prüfen die jährlich abzulegenden Schulgutsrechnungen und überliefern sie mit ihrem Befinden an den Regierungstatthalter zur Passation.

5. Januar
1871.

V. Die Einwohnergemeinderäthe, resp. Schulgemeinderäthe.

§ 26.

Die Einwohner-, resp. Schulgemeinderäthe (§ 15 des Gemeindegesetzes) sollen das Gedeihen der Schulen ihrer Gemeinde nach Kräften fördern helfen. Die Schulgemeinden können die das Schulwesen betreffenden Funktionen der Gemeinderäthe den Schulkommissionen übertragen.

§ 27.

Den Gemeinderäthen liegt namentlich ob :

- a. Für die regelmäßige Rechnungslegung über das Primarschulgut nach Vorschrift des Gesetzes und bezüglicher Verordnungen zu sorgen ;
- b. die Wahl der Lehrerinnen an den Primar-Mädchenarbeitschulen nach Vorschrift des Gesetzes vorzunehmen ;
- c. die Sorge für Aufnahme genauer Verzeichnisse der in's schulpflichtige Alter getretenen Kinder der Gemeinde zu Händen der Schulkommission und des Lehrpersonals.

VI. Die Ortsgeistlichen.

§ 28.

Das Verhältniß des Ortsgeistlichen zu der Schule und dem Lehrer ist das einer wohlwollenden Aufmerksamkeit in Rath und That.

§ 29.

Sie haben die Schulen ihrer Gemeinden fleißig zu besuchen und wo möglich auch den Prüfungen beizuwohnen die Lehrer in der Handhabung des Schulbesuchs, der Zucht Sitte und Ordnung unter den Kindern, sowie überhaupt

in der Erfüllung ihrer Pflichten zu unterstützen und, wenn nothwendig, auch die Schulkommissionen auf Uebelstände aufmerksam zu machen.

5. Januar
1871.

§ 30.

Vor Beginn des Sommerschulhalbjahres zeigen sie auf der Kanzel an, daß die Kinder, welche das gesetzliche Alter erreicht haben, in die Schulen aufgenommen werden sollen, mit der Aufforderung an die Eltern, dieselben mit Impfscheinen versehen an dem bestimmten Tage in die Schule zu führen und für diejenigen, die auswärts getauft worden sind, einen Taufschein mitzubringen, oder falls ein solcher nicht abgegeben werden kann, einen Geburtschein vorzuweisen.

§ 31.

Sie achten im Allgemeinen darauf, daß den Schulgesetzen und darauf sich stützenden Anordnungen im Schulwesen ihrer Gemeinden nachgelebt werde, und machen die Schulinspektoren auf allfällige Mißbräuche und Unordnungen aufmerksam.

Wenn obere Schulbehörden sich um Auskunft über Schulangelegenheiten ihrer Kirchgemeinde an sie wenden, sind sie nach Mitgabe ihrer amtlichen Stellung zur gehörigen Berichterstattung verpflichtet.

Zweiter Theil.

Sekundarschulen.

§ 32.

Die besondern Behörden für die Sekundarschulen sind die Inspektoren, die Schulkommissionen und die Vorsteher und Lehrerversammlungen der Sekundarschulen.

5. Januar
1871.

I. Die Sekundarschulinspektoren.

§ 33.

Für die technische Leitung und Aufsicht der öffentlichen Sekundarschulen werden zwei bis drei Inspektoren aufgestellt. Sie haben die nämlichen Pflichten und Obliegenheiten, wie die Inspektoren der Primarschulen. Die §§ 3 bis 11 dieses Reglements finden daher auch auf sie ihre Anwendung, mit Ausnahme derjenigen Punkte, in Bezug auf welche die bestehenden Gesetze etwas Anderes vorschreiben.

II. Die Sekundarschulkommissionen.

§ 34.

Die Erziehungsdirektion wird für die Bestellung der Sekundarschulkommissionen nach Vorschrift des Gesetzes über die Organisation des Schulwesens (§ 16, Art. 2) sorgen.

§ 35.

An Sekundarschulen, wo kein Schulvorsteher bestellt ist, werden die Lehrer zu den Kommissionsitzungen eingeladen und wohnen den Diskussionen in Angelegenheiten, die sie persönlich nicht betreffen, mit beratender Stimme bei. Wo hingegen ein Vorsteher ernannt ist, vertritt dieser die Lehrerschaft in der Kommission.

§ 36.

Die Amtsdauer des Präsidenten und der Mitglieder der Kommission ist 6 Jahre. Die Austretenden sind sofort wieder wählbar. In der Zwischenzeit erledigte Stellen werden für die Dauer ihrer Amtsperiode neu besetzt.

5. Januar
1871.

§ 37.

Sie versammeln sich, so oft es die Geschäfte nöthig machen, auf die Einladung des Präsidenten, oder eines von der Kommission zu bezeichnenden Stellvertreters, und können nur dann gültige Beschlüsse fassen, wenn wenigstens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

Die Verhandlungen sind zu protokolliren.

Aktuar und Kassier werden da, wo Verträge nichts Anderes bestimmen, von der Sekundarschulkommission selbst gewählt. Unfälle Entschädigungen für den Aktuar und Kassier, sowie für die übrigen Mitglieder, müssen der Genehmigung der Erziehungsdirektion unterstellt werden.

§ 38.

Die einzelnen Mitglieder sind verpflichtet, die Schule fleißig zu besuchen, den Prüfungen möglichst zahlreich und den Censuren wenigstens abwechselnd beizuwohnen. Jeder Schulbesuch wird in dem dafür bestimmten Visitationsbuch, oder im Absenzenrodel angemerkt.

§ 39.

Es liegt der Kommission endlich speziell ob:

- a. die Verwaltung des Sekundarschulguts, sowie die Einreichung der mit den nöthigen Belegen versehenen Rechnung über Einnahmen und Ausgaben der Schule, nebst dem Inventar über die Schulgeräthschaften und Lehrmittel, an die Erziehungsdirektion;
- b. die Sorge für den Bezug der Aufnahme- und Promotionsgebühren, der Schulgelder, und der Bußen wegen Schulversäumnissen;

5. Januar
1871.

- c. die Eingabe des Jahresberichts über den Zustand der Schule, begleitet mit allfälligen Wünschen und Anträgen, an den Schulinspektor zu Händen der Erziehungsdirektion;
- d. die Veranstaltung der Aufnahme- und Jahresprüfungen und die Festsetzung der Ferien;
- e. die Aufnahme neuer Schüler und die Promotion von einer untern in eine obere Klasse, auf das Gutachten der Lehrerschaft;
- f. die allfällige Ausweisung unfleißiger und unwürdiger Schüler;
- g. die Entgegennahme der Entlassungsbegehren der Lehrer und die Uebermittlung derselben mit allfälligen Projekt-Ausschreibungen an den Inspektor zu Händen der Erziehungsdirektion;
- h. die Anordnung und eventuell die Veranstaltung von Bewerberprüfungen für erledigte Stellen, die Berichterstattung über das Ergebnis derselben und die Eingabe der Wahlvorschläge an den Inspektor zu Händen der Erziehungsdirektion;
- i. die Begutachtung über die Vereinbarkeit eines nicht obligatorischen Amtes mit der Stelle eines Sekundarlehrers (§ 23 des Sekundarschulgesetzes);
- k. die Ausschreibung der erledigten Freistellen, sowohl der von Sekundarschulgemeinden oder Privatgenossenschaften, als der vom Staat zu vergebenden, und die Begutachtung der Aspirantenliste, letztere zu Händen der Erziehungsdirektion;
- l. die Begutachtung der von der Lehrerschaft zu entwerfenden Unterrichts- und Stundenpläne, sowie der

5. Januar
1871.

Vorschläge über einzuführende Lehrmittel und allfälliger Dispensation einzelner Schüler von gewissen Fächern;

- m. die Ertheilung von mehr als drei Tage andauerndem Urlaub an die Lehrer, nebst Sorge für gehörige Stellvertretung, sowie der Entscheid über die Erlaubniß zu mehr als vierzehntägiger Abwesenheit der Schüler; kürzere Fristen ertheilt der Präsident, oder der Schulvorsteher, wo ein solcher besteht;
- n. die Entgegennahme von mündlichen oder schriftlichen Anträgen und Wünschen des Schulvorstehers, der Lehrerschaft oder einzelner Lehrer.

III. Die Vorsteher und die Lehrerversammlungen an den Sekundarschulen.

§ 40.

Die Vorsteher sind die Organe der betreffenden Sekundarschulkommissionen und vollziehen als solche die Anordnungen derselben. Sie führen die unmittelbare Aufsicht über die ihnen anvertraute Anstalt und haben daher auf Alles zu achten, was das Gedeihen derselben fördern und Schaden abwenden kann. Sie haben gehörigen Orts und zu gehöriger Zeit geeignete Anträge zur Hebung der unter ihnen stehenden Anstalt zu stellen; sie wachen, daß der Unterricht nach dem vorgezeichneten Plan ertheilt werde, und handhaben die Ordnung und Disziplin in der Schule.

§ 41.

Sie führen ein Verzeichniß der Schüler und verkehren mit den Eltern derselben. Ihre Anordnungen bringen sie

5. Januar 1871. in ein besonderes Protokoll, das bei den Sitzungen der Kommission, in welchen sie berathende Stimme haben, aufliegt.

§ 42.

Um ihrer Pflicht allseitig genügen zu können, besuchen sie so oft als möglich den Unterricht in den Klassen, und suchen sich dabei ein Bild von den Leistungen der Lehrer und den Fortschritten der Schüler im Ganzen und Einzelnen, sowie von der Handhabung der Disziplin zu verschaffen.

Während des Unterrichts und überhaupt in Gegenwart der Schüler machen sie den Lehrern keine rügenden Bemerkungen, sondern bringen sie unter vier Augen, in Wiederholungsfällen vor der Lehrerversammlung oder auch in der Kommission an. Sie berufen die Lehrerversammlungen ein und präsidiren dieselben. In Verhinderungsfällen können sie sich durch Mitglieder der Kommission, oder für einzelne Berrichtungen durch einen Lehrer vertreten lassen.

§ 43.

Die Amtsdauer der Vorsteher ist vier Jahre; nach Ablauf derselben sind sie sogleich wieder wählbar. Sie können für ihre Bemühungen eine Entschädigung erhalten, die auf den Antrag der Kommission von der Erziehungsdirektion bestimmt wird.

§ 44.

Die Lehrerversammlungen besorgen die regelmäßigen Censuren, stellen die Schülerzeugnisse aus und berathen zu Handen der Kommission alle Fragen vor, welche sich auf Unterrichts- und Stundenpläne, auf Lehrmittel, die Ferien und die Ausweisung unwürdiger und unfähiger Schüler

beziehen, sowie alle übrigen Fragen, welche ihnen von der Kommission zur Begutachtung überwiesen werden.

5. Januar
1871.

§ 45.

Sie begutachten die Aufnahme neuer Schüler, sowie die Promotion von einer untern in eine obere Klasse, und entscheiden über allfällige Preisertheilungen.

§ 46.

Die Lehrerversammlungen sollen regelmäßig spätestens acht Tage vor der Censur stattfinden, außerordentlich, wenn es die Geschäfte erfordern, und unverzüglich, wenn es die Kommission, der Vorsteher oder zwei Lehrer verlangen. Die Lehrer dürfen weder die Versammlungen, noch die Censuren ohne genügende Entschuldigung versäumen.

Die Versammlungen wählen ihren Aktuar selbst. Die Lehrer sind verpflichtet, diese Funktion abwechselnd je zwei Jahre unentgeltlich zu übernehmen.

§ 47.

Am Ende des Schuljahres hat die Lehrerversammlung der Kommission zu Händen der Erziehungsdirektion einen Bericht über den Gang und Stand der Anstalt, nebst allfälligen Anträgen einzureichen.

§ 48.

Für Sekundarschulen, an welchen nicht mehr als vier Lehrer angestellt sind, übernimmt der Präsident der Kommission die Obliegenheiten des Vorstehers, und die vereinigten Lehrer erledigen diejenigen Geschäfte, welche den Lehrerversammlungen zugeschrieben sind.

5. Januar
1871.

§ 49.

Dieses Reglement tritt auf 1. April 1871 in Kraft und soll in die Gesetzsammlung aufgenommen werden. In Folge dessen werden das Reglement vom 26. März 1862, die Vollziehungsverordnung über die Alterszulagen vom 2. März 1862 und alle mit gegenwärtigem in Widerspruch stehenden Reglemente, Instruktionen und Kreis-schreiben, soweit sie sich auf die Volksschulbehörden beziehen, aufgehoben.

Bern, den 5. Januar 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.

Erklärungen

zwischen

7. Jan.

1871.

der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreiche Bayern, betreffend die Verhältnisse der Aktiengesellschaften oder anonymen Gesellschaften.

(Vom 22. und 27. Dezember 1870.)

Erklärung

des

Schweizerischen Bundesrathes.

Zwischen dem Bundesrathe der Schweizerischen Eidgenossenschaft, ermächtigt durch den Bundesbeschluß vom 9/14. Dezember 1870, und der königlich bayerischen Regierung ist hinsichtlich der Verhältnisse der Aktiengesellschaften oder anonymen Gesellschaften die nachfolgende Verabredung getroffen worden.

1.

Die innerhalb der Schweiz, sowie die innerhalb Bayerns

Ministerial-Erklärung

von

Bayern.

Zwischen der königlich Bayerischen Regierung und dem Bundesrathe der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist hinsichtlich der Verhältnisse der Aktiengesellschaften oder anonymen Gesellschaften die nachfolgende Verabredung getroffen worden.

1.

Die innerhalb Bayerns, sowie die innerhalb der Schweiz

7. Jan. 1871. errichteten Aktiengesellschaften oder anonymen Gesellschaften werden gegenseitig als zu Recht bestehend, insbesondere als zum Auftreten vor Gericht befähigt, anerkannt, sofern die Errichtung nach den Gesetzen des Landes, wo die Gesellschaft ihr Domizil hat, gültig erfolgt ist.

Ob und in wie weit eine solche Gesellschaft in den Kantonen (Staaten) des andern Gebietes zum Gewerbs- oder Geschäftsbetriebe zugelassen werden kann, ist ausschließlich nach den eigenen Gesetzen der Kantone, resp. Staaten zu bestimmen.

2.

Gegenwärtige Verabredung tritt sofort und für die nemliche Dauer in Kraft, wie der am 13. Mai 1869 abgeschlossene Handels- und Zollvertrag zwischen der Schweiz und dem deutschen Zollvereine.

Zur Bestätigung dessen ist die gegenwärtige Erklärung ausgefertigt und gegen eine gleichlautende Erklärung des königlich bayerischen Staatsministe-

errichteten Aktiengesellschaften oder anonymen Gesellschaften werden gegenseitig als zu Recht bestehend, insbesondere als zum Auftreten vor Gericht befähigt, anerkannt, soferne die Errichtung nach den Gesetzen des Landes, wo die Gesellschaft ihr Domizil hat, gültig erfolgt ist.

Ob und in wie weit eine solche Gesellschaft in den Staaten (Kantonen) des andern Gebietes zum Gewerbs- oder Geschäftsbetriebe zugelassen werden kann, ist ausschließlich nach den eigenen Gesetzen der Staaten, resp. Kantone zu bestimmen.

2.

Gegenwärtige Verabredung tritt sofort und für die nemliche Dauer in Kraft, wie der am 13. Mai 1869 abgeschlossene Handels- und Zollvertrag zwischen dem deutschen Zollvereine und der Schweiz.

Zur Bestätigung dessen ist die gegenwärtige Ministerialerklärung ausgefertigt und gegen eine gleichlautende Erklärung des Bundesrathes der Schwei-

riums der auswärtigen Angelegenheiten ausgetauscht worden.

Bern, den 22. Dezember 1870.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Dr. J. Dubs.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Schieß.

zerischen Eidgenossenschaft ausgetauscht worden. 7. Jan. 1871.

München, den 27. Dezember 1870.

Königlich Bayerisches
Staatsministerium des k. Hauses
und des Aeußern.

Graf von Bray-Steinburg.

Note. Die vorstehende Erklärung ist am 30. Dezember 1870 zwischen dem schweizerischen Bundespräsidenten, Herrn Dr. J. Dubs, und dem königlich bayerischen Geschäftsträger bei der schweiz. Eidgenossenschaft, Herrn Baron von Vibra, in Bern ausgetauscht worden.

Der Regierungsrath des Kantons Bern
beschließt:

Vorstehendes Verkommniß soll in die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 7. Januar 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident
Weber.

Der Rathschreiber
Dr. Trächsel.

11. Januar
1871.

V e r o r d n u n g

zum

Schutz der Waldungen gegen Insektenschaden.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,
in Betrachtung:

daß sich der Borkenkäfer in mehreren Gegenden des Kantons in Besorgniß erregender Weise ausbreitet und bedeutende Vermüstungen anrichtet,

daß die bisher getroffenen Maßregeln zur Unterdrückung dieses Uebels sich als unzureichend erwiesen haben,

in der Absicht, die angegriffenen Waldungen zu säubern und die weitere Ausbreitung des Borkenkäfers im Interesse aller Waldbesitzer möglichst rasch zu unterdrücken,

in Anwendung des § 41 der Staatsverfassung und § 1 des Dekrets vom 1. März 1858,

verordnet:

§ 1.

Wenn in einer Gegend der Borkenkäfer auftritt, so können durch Beschluß der Direktion der Domänen und Forsten alle diejenigen Gemeindebezirke unter „besondern Forstschutz“ gestellt werden, deren Waldungen unmittelbar oder mittelbar vom Borkenkäfer bedroht sind.

Der Beschluß der Direktion der Domänen und Forsten wird den betreffenden Bezirks- und Gemeindebehörden

schriftlich mitgetheilt und im Amtsblatt und durch öffentlichen Anschlag in den betreffenden Gemeinden bekannt gemacht.

11. Januar
1871.

§ 2.

Für die unter besondern Forstschutz gestellten Gemeindebezirke gelten folgende polizeiliche Bestimmungen:

- 1) Alles vom Borkenkäfer angegangene Holz ist zu fällen, zu entrinden und die Rinde mit den darin befindlichen Insekten zu verbrennen.
- 2) Die Waldungen sind überhaupt von allem beschädigten, kränklichen und absterbenden Nadelholz zu säubern und rein zu halten.
- 3) Vom 20. Mai bis 1. Wintermonat darf sich kein Nadelholz in Klastern oder liegenden Stämmen weder innerhalb noch außerhalb der Waldungen (Holzvorräthe bei Häusern, Sägewerken, Bauplätzen etc.) vorfinden, das nicht entrindet ist.

In Fällen, welche für den Wald keinen Insekten Schaden befürchten lassen, kann der betreffende Kreisoberförster Ausnahmen von dieser Vorschrift gestatten.

- 4) Die Waldbesitzer sind bei eintretenden Beschädigungen durch den Borkenkäfer gehalten, den bezüglichen Anordnungen der Forstpolizeibehörden nachzukommen.

§ 3.

Widerhandlungen gegen die Bestimmungen des § 2 werden mit einer Buße von 1—3 Franken per Stamm oder Klastern bis zum Maximalbetrag von Fr. 200 bestraft.

Der Richter ist überdies befugt, auf Kosten der Fehlbaren die Vollziehung der nothwendigen Schutzmaßregeln durch die Forstpolizeibehörden anzuordnen.

11. Januar
1871.

§ 4.

Die Bezirks- und Gemeindebehörden, sowie die Beamten und Angestellten der Forstpolizeiverwaltung haben die Vollziehung und Handhabung dieser Verordnung streng zu überwachen.

Die Forstpolizeiverwaltung ist überdieß ermächtigt, in den bedrohten Bezirken eigene sachkundige Aufseher anzustellen.

§ 5.

Diese Verordnung tritt auf den 15. Januar 1871 in Kraft und ist in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufzunehmen.

Bern, den 11. Januar 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. **Trächsel.**

Voranschlag über den Staatshaushalt des Kantons Bern
vom 1. Jänner 1871 bis 31. Dezember 1874.

29

Der Große Rath des Kantons Bern,

in Vollziehung des am 4. Juli 1869 vom Volk angenommenen Gesetzes über Ausführung des § 6, Ziffer 4, der Staatsverfassung, — auf den Bericht und Antrag des Regierungsrathes

beschließt:

§ 1. Der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts wird für das Jahr 1871 festgestellt, wie folgt:

Budget pro 1870.		Rechnung der laufenden Verwaltung.	Roh-		Rein-	
Einnahmen.	Ausgaben.		Einnahmen.	Ausgaben.	Einnahmen.	Ausgaben.
—	276,900	I. Allgemeine Verwaltung	1,000	279,700	—	278,700
—	292,774	II. Gerichtsverwaltung	1,500	298,100	—	296,600
—	531,900	III. Justiz und Polizei	199,100	739,700	—	540,600
—	871,250	IV. Militär	121,300	986,500	—	865,200
—	656,352	V. Kirchenwesen	1,500	659,400	—	657,900
—	1,118,256	VI. Erziehung	69,700	1,277,300	—	1,207,600
—	89,000	VII. Armenwesen des ganzen Kantons	26,300	121,800	—	95,500
—	563,000	VIII. Armenwesen des alten Kantons	72,200	631,500	—	559,300
—	142,800	IX. Gesundheitswesen	27,000	189,500	—	162,500
—	15,000	X. Handel und Gewerbe	—	17,000	—	17,000
—	62,000	XI. Landwirtschaft	5,000	67,000	—	62,000
—	66,000	XII. Entjumpfungen	—	269,000	—	269,000
—	29,000	XIII. Vermessungswesen	—	30,000	—	30,000
—	23,500	XIV. Forstwesen	12,000	46,400	—	34,400
—	1,129,500	XV. Bauwesen: Hoch-, Straßen- u. Wasserbau	4,000	1,209,900	—	1,205,900
—	5,000	XVI. Eisenbahnwesen	—	6,000	—	6,000
—	115,280	XVII. Finanzwesen: Centralverwaltung	700	123,000	—	122,300
364,000	—	XVIII. Staatswaldungen und Rechtsamen	664,900	286,500	378,400	—
148,000	—	XIX. Domänen: Ordentliche Verwaltung	214,000	49,500	164,500	—
—	—	XX. Domänen-Liquidation	200,000	—	200,000	—
30,000	—	XXI. Jagd und Fischerei	31,800	1,800	30,000	—
11,020	—	XXII. Bergbau	17,100	9,300	7,800	—
876,285	—	XXIII. Salzhandlung	1,517,000	620,000	897,000	—
249,252	—	XXIV. Postentschädigung	249,300	—	249,300	—
412,520	—	XXV. Staatsbahn	1,181,200	699,900	481,300	—
275,800	—	XXVI. Hypothekarkasse	1,292,800	977,800	315,000	—
237,260	—	XXVII. Kantonbank	380,100	142,800	237,300	—
—	2,400	XXVIII. Kantonskasse	117,600	120,000	—	2,400
—	12,000	XXIX. Zehnt- und Bodenzinsliquidationsschuld	—	6,000	—	6,000
—	308,950	XXX. Bauanleihen	—	307,700	—	307,700
—	887,000	XXXI. Eisenbahnanleihen	—	896,300	—	896,300
265,000	—	XXXII. Gewerbe- und Patentgebühren	325,400	5,400	320,000	—
170,000	—	XXXIII. Handänderungs- und Einregistrirungsgebühren	227,000	57,000	170,000	—
60,000	—	XXXIV. Kanzlei- und Gerichts-Emolumente	68,600	200	68,400	—
20,000	—	XXXV. Bußen und Konfiskationen	20,500	500	20,000	—
180,000	—	XXXVI. Militärsteuer	200,000	15,000	185,000	—
153,800	—	XXXVII. Stempelgebühren	171,800	12,800	159,000	—
7,800	—	XXXVIII. Amtsblatt	37,500	30,000	7,500	—
—	—	XXXIX. Papierhandlung	25,200	24,700	500	—
271,500	—	XXXX. Zollentschädigung	275,000	3,500	271,500	—
968,000	—	XXXXI. Ohmgeld	1,043,900	43,900	1,000,000	—
150,000	—	XXXXII. Erbschafts- und Schenkungsabgaben	150,500	5,500	145,000	—
1,922,200	—	XXXXIII. Grund-, Kapital- und Einkommensteuer im alten Kanton zu 2 vom Tausend	2,066,000	76,800	1,989,200	—
384,250	—	XXXXIV. Grund- und Einkommensteuer im Jura zu 17/10 vom Tausend	440,000	42,200	397,800	—
—	—	XXXXV. Unvorhergesehenes	—	60,000	—	60,000
7,156,687	7,197,862	Zusammen	11,458,500	11,446,900	7,694,500	7,682,900

Mehr-Ausgabe pro 1870: 41,175. — Mehr-Einnahme pro 1871: 11,600.

§ 2.

Für den Staatshaushalt der Jahre 1872, 1873 und 1874 werden gegenüber dem Voranschlag für das Jahr 1871 folgende Veränderungen in Aussicht genommen:

	1872.		1873.		1874.	
A. Mehrausgaben.						
III. Justiz und Polizei	—	—	—	2,000	—	2,000
VI. Erziehung	—	18,000	—	25,000	—	32,000
XV. Bauwesen	—	8,600	—	28,000	—	50,000
XVI. Eisenbahnen (Bruntrut-Delle)	—	37,500	—	37,500	—	37,500
XXXI. Eisenbahnanleihen	—	9,600	—	8,800	—	18,100
B. Mehreinnahmen.						
XXV. Staatsbahn	20,000	—	40,000	—	60,000	—
XXVI. Hypothekarkasse	5,000	—	5,000	—	5,000	—
C. Minderausgaben.						
XII. Entsumpfungen	—	—	—	—	50,000	—
XXII. Bergbau	2,800	—	2,800	—	2,800	—
XXVII. Kantonalsbank	18,000	—	30,000	—	30,000	—
XXIX. Zehnt- und Bodenzins-Liquidation	5,600	—	6,000	—	6,000	—
XXX. Bauanleihen	11,700	—	13,400	—	25,600	—
Zusammen	63,100	73,700	97,200	101,300	179,400	139,600
Voranschlag von 1871	7,694,500	7,682,900	7,694,500	7,682,900	7,694,500	7,682,900
Summa der Rein-Einnahmen und Rein-Ausgaben	7,757,600	7,756,600	7,791,700	7,784,200	7,873,900	7,822,500
Muthmaßliche Mehreinnahme	1,000.		7,500.		51,400.	

§ 3.

Die Ausgabenüberschüsse der Jahre 1866 und 1867, welche nach Abzug der disponiblen Einnahmenüberschüsse bis 31. Dezember 1869 Franken 1,643,100 betragen, sind nach Maßgabe des § 25 des Gesetzes vom 8. August 1849 und § 15 des Gesetzes vom 2. August 1849 in Aktiven und Passiven von dem Staatsvermögen abzuschreiben.

Der Große Rath wird auf den Antrag des Regierungsrathes bestimmen, wie viel der Kantonskasse als Betriebsfond zuzuweisen sei.

§ 4.

Die Amortisation des Bauanleihe von 1863 und der Eisenbahnanleihen von 1861 und 1864 wird für die Jahre 1871 bis 1874 festgestellt, wie folgt:

Jahr.	Bauanleihen. Restanz 1,060,000.		Eisenbahnanleihen. 20,100,000.		Summa.		Summa.
	Zinse.	Amortisation.	Zinse.	Amortisation.	Zinse.	Amortisation.	
1871	47,700	260,000	886,300	10,000	934,000	270,000	1,204,000
1882	36,000	260,000	885,900	20,000	921,900	280,000	1,201,900
1873	24,300	270,000	885,100	20,000	909,400	290,000	1,199,400
1874	12,150	270,000	884,350	30,000	896,500	300,000	1,196,500
1871—1874	120,150	1,060,000	3,541,650	80,000	3,661,800	1,140,000	4,801,800

Das Bauleihen wird vollständig getilgt und von dem Eisenbahnanleihen von 1861 werden achtzigtausend Franken zurückbezahlt, es werden somit die Staatsschulden um 1,140,000 Franken vermindert.

§ 5.

Nach Mitgabe des Voranschlages für die laufende Rechnung (§§ 1—4) wird der muthmaßliche Stand des Staatsvermögens in den Jahren 1871, 1872, 1873 und 1874 folgender sein:

Budget pro 1870.		1871.	1872.	1873.	1874.
42,954,248	Netto Vermögen auf 1. Jänner	43,193,353	43,486,233	43,735,733	43,989,233
	A. Vermehrung.				
250,000	Bauleihen, Rückzahlung	260,000	260,000	270,000	270,000
—	Eisenbahnanleihen, Rückzahlung	10,000	20,000	20,000	30,000
30,280	Kantonalbank, Anleihekosten	30,280	12,500	—	—
—	Gewehrvorrathskasse, Einnahme	1,000	1,000	1,000	1,000
—	Mehr-Einnahme der laufenden Rechnung .	11,600	1,000	7,500	51,400
280,280	Zusammen	312,880	294,500	298,500	352,400
	B. Verminderung.				
41,175	Ueberschuß der Ausgaben	—	—	—	—
—	Gewehrvorrathskasse-Ausgaben	20,000	45,000	45,000	—
239,105	Netto Vermehrung	292,880	249,500	253,500	352,400
43,193,353	Netto Vermögen auf 31. Dezember	43,486,233	43,735,733	43,989,233	44,341,633
	Netto Vermögen auf 31. Dezember 1870				43,193,353
	Muthmaßliche Vermögensvermehrung				1,148,280

§ 6.

Die Steueranlage für die Verwaltungsperiode von 1871 bis 1874 wird auf $1\frac{7}{10}$ vom Tausend bestimmt; überdieß wird im alten Kanton zur Deckung der Ausgaben für das Armenwesen (VIII) eine Zusatzsteuer von $\frac{3}{10}$ vom Tausend bezogen.

§ 7.

Die Verwendung des Kredites von sechzig Tausend Franken für Unvorhergesehenes (XXXXV) wird besondern Beschlüssen des Großen Rathes vorbehalten.

§ 8.

Sollten die Einzahlungen für die Gotthardbahn oder die Zinszahlungen für die Jurabahnen bereits in diese Verwaltungsperiode fallen oder sollte das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben durch Unglücksfälle, wie Wasserverheerungen gestört werden, so kann der Große Rath außerordentlich eine Erhöhung der Steueranlage von $\frac{1}{10}$ bis $\frac{2}{10}$ vom Tausend beschließen.

§ 9.

Sollte die Schweiz in einen Krieg verwickelt oder durch Kriegsereignisse in den Nachbarstaaten zu außerordentlichen militärischen Anstrengungen gezwungen werden, so hat der Große Rath Pflicht und Vollmacht, das Nöthige anzuordnen, damit der Kanton Bern seinen Bundespflichten in vollem Maße genügen könne.

§ 10.

Die Budgets der einzelnen Verwaltungsjahre werden auf Grundlage des vierjährigen Voranschlags durch den Großen Rath festgestellt.

§ 11.

Die Gesetze über das Budget und die Rechnungslegung des Staates vom 2. August 1849, über die Verwaltung und Gewährleistung des Staatsvermögens vom 8. August 1849, sowie über die Organisation der Finanzverwaltung vom 19. November 1860, sind mit dem Gesetz vom 4. Juli 1869 über die Ausführung des § 6, Ziffer 4. der Staatsverfassung, ferner mit den Beschlüssen des Großen Rathes betreffend die Verwendung des Mehrerlöses von verkauften Domänen, sowie mit der Anlage dieses Voranschlags, genau in Uebereinstimmung zu bringen und im Sinne einer Vereinfachung des Finanzhaushalts einer Revision zu unterstellen.

§ 12.

Dieser Voranschlag tritt sofort nach seiner Annahme durch das Volk in Kraft.

Bern, den 25. Wintermonat 1870.

Im Namen des Großen Rathes,

Der Präsident:

Hofer.

Der Staatschreiber:

M. v. Stürler.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,

nach Zusammenstellung der Protokolle über die Volksabstimmung vom 15. Januar abhin
urkundet hiemit:

der Voranschlag über den Staatshaushalt des Kantons Bern vom 1. Januar 1871 bis 31. Dezember 1874 ist mit 20,188 gegen 13,959 Stimmen angenommen worden.

Derselbe ist in die Gesefsammlung aufzunehmen.

Bern, den 25. Januar 1871.

Im Namen des Regierungsrathes,

Der Präsident:

Weber.

Der Rathschreiber:

Dr. Trüchfel.

B e s c h l u ß,11. Februar
1871.

betreffend

die Unterstützung des Gotthardbahnunternehmens.

Der Große Rath des Kantons Bern,
in Betrachtung:

daß das Unternehmen eines centralen Alpendurchgangs durch Erbauung einer Eisenbahn ein großes nationales Werk öffentlichen Wohles ist;

daß unter den gegenwärtigen Umständen diejenige Alpenbahn, welche am meisten den Interessen des Kantons Bern und der Schweiz im Allgemeinen entspricht, der Gotthard ist;

daß folglich der Kanton an der Verwirklichung dieser Unternehmung mitwirken soll;

nach Anhörung des Berichtes des Regierungsrathes und der vom Großen Rathe zur Begutachtung dieser Frage ernannten Kommission;

beschließt:

1. Der Kanton Bern bewilligt an das Unternehmen einer Eisenbahn durch den Gotthard 1 Million Franken.
2. Diese Subsidie wird in den Terminen und unter den Bedingungen, welche von der interkantonalen Konferenz festgesetzt wurden, bezahlt.
3. Dieser Beschluß tritt in Kraft, sobald er durch die Volksabstimmung genehmigt sein wird.

11. Februar
1871.

4. Der Regierungsrath ist in diesem Falle beauftragt, im Namen des Kantons Bern den vom Bundesrath geforderten Verpflichtungsschein, wie er in den Konferenzen angenommen worden und wovon eine amtliche Abschrift dem vorliegenden Beschluß beigefügt werden wird, zu unterzeichnen.

Bern, den 10. März 1870.

Im Namen des Großen Rathes:

Der Präsident

H. Brunner.

Der Staatschreiber

M. v. Stürler.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,
nach Zusammenstellung der Protokolle über die Volks-
abstimmung vom 3. April 1870,

urkundet hiermit:

Der vorstehende Beschluß über die Unterstützung des
Gotthardbahn-Unternehmens ist mit 31,497 gegen 10,364
Stimmen angenommen worden und tritt somit von nun
an in Kraft.

Der Beschluß ist in die Gesetzsammlung aufzunehmen.

Bern, den 11. Hornung 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.

B e s c h l u ß.

25. Februar
1871.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,
erwägend :

daß der Verkehr beim Ohngelbbüreau Wangen in Folge der Eisenbahnen bedeutend abgenommen und die dermalige Befoldung des Einnehmers mit den Einnahmen nicht im richtigen Verhältnisse steht,

gestützt auf § 15 des Befoldungsgesetzes vom 28. März 1860,

beschließt :

Es wird die Befoldung des Ohngelddbeamten von Wangen von Fr. 380 nebst freier Wohnung auf Fr. 200 nebst freier Wohnung herabgesetzt, vom 1. April 1871 an zu rechnen.

Die Finanzdirektion ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.

Derselbe soll in die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 25. Februar 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Das präsidirende Mitglied

F. Rilian.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.

11. März
1871.

Verordnung

über

die Leibgedinge der Primarlehrer und Lehrerinnen.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,
in Vollziehung des § 55 des Gesetzes über die öffentlichen Primarschulen vom 8. März 1870,

verordnet:

§ 1.

Die nach dem Dekret vom 5. Dezember 1837 und dem § 31 des Gesetzes vom 24. Juni 1856 den Primarlehrern zugesicherten Leibgedinge werden den Berechtigten bis zu ihrem Absterben ausgerichtet.

§ 2.

Aus dem Rest des jährlichen Kredites von Fr. 24,000 für Leibgedinge werden Leibgedinge an solche patentirte Primarlehrer und Lehrerinnen ausgerichtet, welche infolge der Abnahme ihrer physischen oder geistigen Kräfte nicht mehr zu genügen im Stande sind.

§ 3.

Für die neuen Leibgedinge wird folgendes Klassensystem aufgestellt.

I. Kl. Für Lehrer und Lehrerinnen, die das 30. Dienstjahr noch nicht zurückgelegt haben, Leibgedinge zu Fr.	11. März 1871.
	240
II. " " " " " mit 30 u. 31 Dienstj., Leibged. zu	260
III. " " " " " " 32 " 33 " " "	280
IV. " " " " " " 34 " 35 " " "	300
V. " " " " " " 36 " 37 " " "	320
VI. " " " " " " 38 " 39 " " "	340
VII. " " " " " " 40 " mehr " " "	360

§ 4.

Will ein Lehrer sich um ein Leibgeding bewerben, so ist das daherige Gesuch dem Schulinspektor einzureichen. Dem Gesuch ist beizufügen:

- 1) der Geburtschein des Lehrers;
- 2) das Primarlehrerpatent, oder eine dasselbe eretzende Bescheinigung der Patentirung;
- 3) die Zeugnisse über die Dienstjahre an öffentlichen Primarschulen, verbunden mit den Zeugnissen der Lokalschulbehörden über die Leistungen des Lehrers;
- 4) ein Arzzeugniß über die physischen und geistigen Kräfte des Bewerbers.

§ 5.

Die Anschreibung für Leibgedinge steht das ganze Jahr hindurch offen.

Die Anmeldungs Gesuche werden vom Schulinspektor begutachtet und mit den Beilagen der Erziehungsdirektion übermittelt.

Die Erziehungsdirektion wird über die Angemeldeten ein Verzeichniß führen und dem Regierungsrath die geeigneten Anträge stellen.

11. März
1871.

§ 6.

Sobald einem Primarschullehrer oder einer Lehrerin ein fixes Leibgeding zugesprochen ist, soll die Lehrerstelle, welche er (sie) bis dahin versehen hat, ausgeschrieben werden.

§ 7.

Die Leibgedinge werden auf Anweisung der Erziehungsdirektion vierteljährlich durch die Amtschaffnereien ausbezahlt.

§ 8.

Die Wittve oder die Kinder des Inhabers eines Leibgedings genießen dasselbe noch während des laufenden Quartals des Todestags und des darauf folgenden Vierteljahrs. Von jedem Todesfalle eines Inhabers hat die Amtschaffnerei der Erziehungsdirektion Kenntniß zu geben,

§ 9.

Diese Verordnung tritt auf 1. April 1871 in Kraft und ist in die Gesetzsammlung einzurücken.

Bern, den 11. März 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.

Verordnung.

21. April
1871.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,

in Ausführung der §§ 1 und 36 des Gesetzes vom 3. April 1857 und in Erweiterung der Verordnungen vom 19. Oktober und 30. November 1859, vom 30. Mai 1866 und 23. Juli 1870,

auf den Antrag der Baudirektion,

beschließt:

§ 1. Der in die Simme fließende Garfenbach, Gemeinde Boltigen, Amtsbezirks Obersimmenthal, wird unter öffentliche Aufsicht gestellt und es gelten für denselben die in der Verordnung vom 19. Oktober 1859 für die unter öffentliche Aufsicht gestellten Privatgewässer enthaltenen Vorschriften und Bestimmungen.

§ 2. Diese Verordnung ist auf übliche Weise bekannt zu machen und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufzunehmen.

Bern, den 21. April 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.

16. Mai
1871.

Bundesgesetz,

betreffend

die Organisation der Scharsschützenbataillone.

(Vom 23. Christmonat 1870.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsicht eines Berichtes und Gesetzentwurfes des
Bundesrathes vom 25. Wintermonat 1870, betreffend die
Organisation von Scharsschützenbataillonen,

beschließt:

Art. 1. Die Scharsschützenkompagnien des Auszugs
und der Reserve werden in Bataillone zu je 3 bis 4
Kompagnien formirt.

Art. 2. Die Formation der einzelnen Bataillone ist
Sache des Bundesrathes. Die taktischen Einheiten sollen
so viel als möglich aus derselben Kontingenzklasse und
aus Truppen desselben Kantons zusammengesetzt werden.

Die Numerirung der Bataillone liegt ebenfalls dem
Bundesrathe ob.

Art. 3. Der Stab eines Schützenbataillons wird be-
stellt wie folgt:

16. Mai
1871.

1 Major als Chef des Bataillons,
 1 Videmajor mit Hauptmanns- oder Lieutenantsgrad,
 1 Quartiermeister " " " "
 1 Arzt " " " "
 1 Wagenmeister,
 2 Büchsenmacher.

Art. 4. Die Offiziere des Stabes werden vom Bundesrathe ernannt.

Für die Wahl des Majors steht dem Waffenchef der Scharfschützen, für die Wahl des Arztes dem Oberfeldarzt und für die Wahl des Videmajors und des Quartiermeisters dem Bataillonschef und dem Waffenchef ein Vorschlagsrecht zu.

Der Bundesrath wird jedoch, bevor er diese Wahlen trifft, den beteiligten Kantonsregierungen Gelegenheit geben, sich über die eingegangenen Vorschläge auszusprechen und dieselben nach Gutfinden zu vermehren.

Das übrige Personal des Stabes bezeichnet der Bataillonschef aus den ihm unterstellten Truppen, mit Ausnahme der Büchsenmacher, welche von den beteiligten Kantonen nach einem vom eidgenössischen Militärdepartement festzusetzenden Turnus zu stellen sind.

Art. 5. Die Organisation der Kompagnien bleibt die bisherige mit der Ausnahme, daß die Büchsenmacher wegfallen.

Art. 6. Diejenigen Kantone, welche die Scharfschützenärzte zu stellen haben, sind berechtigt, eine entsprechende Zahl von Assistenzärzten weniger zu ihren Infanteriebataillonen zu stellen.

Art. 7. Der Sold und die Verpflegung des Stabes

16. Mai
1871.

eines Schützenbataillons wird nach Tafel XVI der eidgenössischen Militärorganisation ausgerichtet.

Die Aerzte haben überdieß Anspruch auf 2 Mundportionen und eine Fourage-Ration.

Art. 8. Zur Korpsausrüstung eines Schützenbataillons von 4 Kompagnien gehören:

- 2 Halbcaissons in die Linie,
- 2 " " den Divisionspark,
- 2 " " " Depotpark,
- 1 Fourgon, für welchen einstweilen ein zweispänniger Wagen gestellt werden darf,
- 2 zweispännige Wagen in die Linien,
- 1 Büchsenmacherwerkzeugkiste,
- 1 Borrathsbestandtheilkiste,
- 1 Quartiermeisterkiste,
- 1 Feldapothek,
- 1 Ambulancentornister mit Apotheke,
- 5 Brancards.

Das Koch- und Feldgeräthe für den Stab.

Für Bataillone von 3 Kompagnien ist die gleiche Korpsausrüstung vorgeschrieben, mit der Ausnahme, daß in den Divisionspark und Depotpark nur je 1 Halbcaisson zu stellen ist.

Art. 9. Diese Korpsausrüstung wird gestellt wie folgt:

1) Von den Kantonen.

- a. Bei Bataillonen von 4 Kompagnien: Derjenige Kanton, welcher die erste Kompagnie (mit niedrigster Nummer) stellt, 2 Halbcaissons in die Linie; der Kanton, welcher die zweite Kompagnie stellt, 2 Halbcaissons in den Divisionspark; der Kanton, welcher

16. Mai
1871.

die dritte Kompagnie stellt, 2 Halbcaissons in den Depotpark; der Kanton, welcher die vierte Kompagnie stellt, den Fourgon, den Wagen und die übrige Korpsausrüstung, soweit sie nicht dem Bunde anheimfällt.

- b. Bei Bataillonen von drei Kompagnien: Derjenige Kanton, welcher die erste Kompagnie stellt, 2 Halbcaissons in die Linie; derjenige Kanton, welcher die zweite Kompagnie stellt, 2 Halbcaissons, davon eines in den Divisions- und eines in den Depotpark; derjenige Kanton, welcher die dritte Kompagnie stellt den Fourgon, die Wagen und die übrige Korpsausrüstung, so weit sie nicht dem Bunde anheimfällt

2) Vom Bunde.

Der Bund sorgt für den Inhalt der Büchsenmacherwerkzeugliste, der Borrathsbestandtheilliste, der Feldapothek und der Apotheke des Ambulancetornisters und übernimmt die Pferdeentschädigung für die berittenen Offiziere und die Pferdemiethen für Bespannung der zwei Wagen.

Art. 10. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und Bekanntmachung dieses Gesetzes beauftragt.

Also beschlossen vom Nationalrathe,

Bern, den 17. Christmonat 1870.

Der Präsident: **F. Anderwert.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschlossen vom Ständerathe,

Bern, den 23. Christmonat 1870.

Der Präsident: **Abraham Stocker.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

16. Mai
1871.

Bundesrathsbeschluss

betreffend

Vollziehung des Bundesgesetzes über die Organisation
der Scharfschützenbataillone.

(Vom 12. Jenner 1871.)

Der schweizerische Bundesrath,

in Vollziehung des Gesetzes vom 24. Christmonat 1870,
betreffend die Organisation der Scharfschützenbataillone,

beschließt:

Art. 1. Die Scharfschützenbataillone des Auszugs und
der Reserve werden wie folgt zusammengesetzt und numerirt:

Auszug.

Bisherige Nummer.

Bataillon Nr. 1.

1. Compagnie von Aargau	15
2. " " Basel-Landschaft	19
3. " " Aargau	38
4. " " "	40

Bataillon Nr. 2.

1. Compagnie von Bern	1
2. " " "	4
3. " " "	9
4. " " Solothurn	77

Bisherige Nummer. 16. Mai
1871.

Bataillon Nr. 3.

1. Kompagnie von Freiburg	13
2. " " Bern	27
3. " " "	29
4. " " "	33

Bataillon Nr. 4.

1. Kompagnie von Neuenburg	14
2. " " "	17
3. " " Freiburg	25
4. " " Genf	72

Bataillon Nr. 5.

1. Kompagnie von Waadt	3
2. " " "	8
3. " " "	10
4. " " "	30

Bataillon Nr. 6.

1. Kompagnie von Wallis	7
2. " " "	32
3. " " Waadt	75
4. " " "	76

Bataillon Nr. 7.

1. Kompagnie von Zürich	2
2. " " "	21
3. " " "	22
4. " " "	35

Bataillon Nr. 8.

1. Kompagnie von Zug	28
2. " " Luzern	34
3. " " "	39
4. " " "	43

16. Mai
1871.

Bisherige Nummer.

Bataillon Nr. 9.

1. Kompagnie von Thurgau	5
2. " " Appenzell A. Rh. . . .	18
3. " " "	20
4. " " Thurgau	26

Bataillon Nr. 10.

1. Kompagnie von Graubünden	16
2. " " St. Gallen	31
3. " " Graubünden	36
4. " " St. Gallen	37

Bataillon Nr. 11.

1. Kompagnie von Glarus	12
2. " " "	41
3. " " Schwyz	42

Bataillon Nr. 12.

1. Kompagnie von Uri	6
2. " " Nidwalden	11
3. " " Schwyz	23
4. " " Obwalden	24

Bataillon Nr. 13.

1. Kompagnie von Tessin	44
2. " " "	45
3. " " " , Reserve	60

Reserve.

Bataillon Nr. 14.

1. Kompagnie von Waadt	61
2. " " "	62
3. " " "	73

	Bisherige Nummer.	16. Mai 1871.
Bataillon Nr. 15.		
1. Kompagnie von Freiburg	53	
2. " " Wallis	63	
3. " " Neuenburg	64	
4. " " Genf	78	
Bataillon Nr. 16.		
1. Kompagnie von Zürich	46	
2. " " "	47	
3. " " Glarus	52	
4. " " Zürich	74	
Bataillon Nr. 17.		
1. Kompagnie von Bern I.	48	
2. " " "	49	
3. " " "	50	
Bataillon Nr. 18.		
1. Kompagnie von Appenzell A. Rh.	54	
2. " " St. Gallen	55	
3. " " Graubünden	56	
4. " " Thurgau	59	
Bataillon Nr. 19.		
1. Kompagnie von Schwyz	51	
*2. " " Uri	67	
*3. " " Obwalden	68	
*4. " " Nidwalden	69	
Bataillon Nr. 20.		
*1. Kompagnie von Luzern	65	
*2. " " "	66	
*3. " " Zug	70	

*) Die mit einem Sternchen bezeichneten Kompagnien sind nur 70 Mann stark.

16. Mai
1871.

Bisherige Nummer.

Bataillon Nr. 21.

1. Kompagnie von Aargau	57
2. " " " 	58
*3. " " Basel-Landschaft	71

Art. 2. Die Stäbe und Kompagnien tragen auf dem Hute die Nummer des betreffenden Bataillons, nebst der bisherigen Garnitur für die Korpsauszeichnung.

Die Kompagnien behalten das bisherige Pompons, und es wird dasselbe auch für die Bataillonsstäbe vorgeschrieben.

Die Bekleidung des Stabspersonals entspricht derjenigen der Truppen, mit der Ausnahme, daß die berittenen Offiziere eisengraue Beinkleider mit bis an's Knie gehendem Lederbesatz tragen. Für die Gradauszeichnung auf der Kopfbedeckung tritt Art. 3, b des Bundesrathsbeschlusses vom 20. Jänner 1869 und für die übrige Gradauszeichnung Art. 6 des Beschlusses vom 27. April 1868 in Kraft.

Die persönliche Ausrüstung und Bewaffnung des Personals der Bataillonsstäbe hat derjenigen der Infanteriebataillonsstäbe zu entsprechen, ebenso die Ausrüstung der Reitpferde, mit der Ausnahme, daß das Metall gelb, die Satteldecke grün mit schwarzem Vorstoß und die Gurte weiß sein sollen.

Art. 3. Die Bestimmungen des Bundesrathsbeschlusses betreffend die Numerirung der taktischen Einheiten und des Bekleidungsreglements, welche mit obigen Vorschriften im Widerspruch sich befinden, werden aufgehoben.

*) Die mit einem Sternchen bezeichneten Kompagnien sind nur 70 Mann stark.

Art. 4. Ueber die Bataillonsstäbe und die Kompagnieoffiziere wird vom eidg. Militärdepartement eine genaue Kontrolle geführt. Die Kantone sind verpflichtet, dem eidg. Militärdepartement alle auf die militärische Stellung des besagten Personals bezüglichen Mutationen unverzüglich mitzutheilen.

16. Mai
1871.

Bern, den 12. Jänner 1871.

Im Namen des Schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:

Ehenf.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schieß.

Der Regierungsrath des Kantons Bern
beschließt:

die Aufnahme vorstehenden Bundesgesetzes nebst dem Bundesrathsbeschlusse in die Gesetzsammlung.

Bern, den 16. Mai 1871.

Im Namen des Regierungsrathes,
Der Präsident

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. **Trächsel.**

16. Mai
1871.

Bundesbeschluss

betreffend

die Handfeuerwaffen der Berittenen.

(Vom 24. Christmonat 1870.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsichtnahme einer Botschaft des Bundesrathes
vom 2. Christmonat 1870,

beschließt:

Art. 1. Die berittenen Offiziere und Unteroffiziere und die Trompeter der Artillerie erhalten eine Repetirpistole (mehrläufige Pistole oder Revolver).

Art. 2. Ebenso werden mit der Repetirpistole bewaffnet die Offiziere, Feldweibel, Fouriere und Trompeter der Dragonerkompagnien und die Offiziere, Unteroffiziere, Trompeter und Soldaten der Gvidenkompanien.

Art. 3. Die Wachtmeister, Korporale und Soldaten der Dragonerkompagnien werden mit Karabinern bewaffnet, welche die gleiche Munition führen, wie die kleinkalibrigen Gewehre der Infanterie.

Art. 4. An die Kosten der ersten Anschaffung der Pistole, der Karabiner und der dazu gehörigen Munition trägt der Bund drei Viertel, die betreffenden Kantone einen Viertel bei. Die Erhaltung und Ergänzung dieser Waffen und Munition liegt den Kantonen ob.

Art. 5. Die nähere Ordnung der Handfeuerwaffen der Berittenen bestimmt das Reglement.

16. Mai
1871.

Art. 6. Der Karabiner wird zunächst beim Auszug und nachher successive bei der Reserve, die Repetirpistole sofort bei Auszug und Reserve eingeführt. Dem Bundesrathe wird hiefür der erforderliche Kredit ertheilt.

Art. 7. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.

Also beschlossen vom Nationalrathe,
Bern, den 24. Christmonat 1870.

Der Präsident: **J. Underwert.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Also beschlossen vom Ständerathe,
Bern, den 24. Christmonat 1870.

Der Präsident: **Abraham Stocker.**

Der Protokollführer: **J. Kern-Germann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern,
beschließt

die Aufnahme vorstehenden Bundesbeschlusses in die
Gesetzsammlung.

Bern, den 16. Mai 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.

29. Ma
1871.

D e k r e t,

betreffend

die Anerkennung der Privatanstalt für Pflege und
Erziehung schwachsinziger Kinder auf dem Wyler
bei Bern als juristische Person.

Der Große Rath des Kantons Bern,

auf das vom Komite der Privatanstalt für Pflege
und Erziehung schwachsinziger Kinder auf dem Wyler bei
Bern eingereichte Gesuch, daß dieser Anstalt die Eigen-
schaft einer juristischen Person ertheilt werden möchte.

in Betrachtung:

daß der Entsprechung dieses Gesuches kein Hinderniß
im Wege steht; daß es vielmehr im öffentlichen Interesse
liegt, den Fortbestand dieser gemeinnützigen Anstalt sicher-
zustellen;

auf den Antrag der Direktion der Justiz und Polizei
und nach geschehener Vorberathung durch den Regie-
rungsrath,

beschließt:

1. Die auf dem Wyler bei Bern bestehende Privat-
anstalt für Pflege und Erziehung schwachsinziger Kinder
ist von nun an in dem Sinne als juristische Person an-
erkannt, daß sie unter der Aufsicht der Regierungsbehörden

auf ihren eigenen Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen kann.

29. Mai
1871.

2. Für die Erwerbung von Grundeigenthum hat dieselbe jedoch die Genehmigung des Regierungsrathes einzuholen.

3. Sie hat dem Regierungsrath ihre Statuten zur Sanction vorzulegen und darf ohne dessen Zustimmung sie nicht abändern.

4. Die Rechnungen der Anstalt sollen alljährlich der Direktion des Innern mitgetheilt werden.

5. Eine Ausfertigung dieses Dekrets wird dem Comite der Anstalt übergeben. Es soll in die Gesefzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 29. Mai 1871.

Im Namen des Großen Rathes:

Der Präsident

Jr. Hofer.

Der Staatschreiber

M. v. Stürler.

29. Mai
1871.

D e k r e t

über die

Feststellung des Repräsentationsverhältnisses der kantonalen Wahlkreise.

Der Große Rath des Kantons Bern,
in Ausführung des § 7, Ziffer 3, des Gesetzes über
die Volksabstimmungen und öffentlichen Wahlen vom
31. Oktober 1869,
auf den Antrag des Regierungsrathes,
beschließt:

§ 1.

Die Zahl der Mitglieder des Großen Rathes, welche
die kantonalen Wahlkreise zu wählen haben, wird nach
Maßgabe der Volkszählung von 1870 festgesetzt wie folgt:

Oberland.	Seelenzahl.	Zahl der Mitglieder des Großen Rathes.
1. Oberhasle	7,489	4
2. Brienz	4,713	2
3. Unterseen	5,903	3
4. Gsteig	8,088	4
5. Zweisültschinen	5,114	3
6. Frutigen	10,614	5
Uebertrag	41,921	21

	Seelenzahl.	Zahl der Mitglieder des Großen Rathes.	29. Mai 1871.
Uebertrag	41,921	21	14
7. Saanen	5,097	3	1
8. Ober-Simmenthal . .	7,946	4	2
9. Nieder-Simmenthal . .	10,357	5	3
10. Silterfingen	5,297	3	1
11. Thun	7,446	4	2
12. Steffisburg	10,650	5	3
Mittelland.			
13. Thierachern	5,962	3	1
14. Surzelen	5,584	3	1
15. Belp	6,360	3	2
16. Riggisberg	7,929	4	2
17. Guggisberg	5,295	3	1
18. Wählern	6,042	3	2
19. Köniz	9,863	5	2
20. Bern: Obere Gemeinde .	14,446	7	4
21. „ Mittlere Gemeinde	11,365	6	3
22. „ Untere Gemeinde	9,690	5	2
23. Bolligen	8,331	4	2
Emmenthal.			
24. Biglen	8,444	4	2
25. Münsingen	5,277	3	1
26. Dießbach	6,227	3	2
27. Höchstetten	5,859	3	1
28. Signau	7,778	4	2
29. Langnau	10,547	5	3
Uebertrag	223,713	113	75

29. Mai
1871.Seelenzahl.
Zahl der Mitglieder
des
Großen Rathes.55
1
2
2
2

Uebertrag 223,713

113

30. Lauperswyl	5,354	3
31. Sumiswald	7,220	4
32. Rüegsau	6,759	3
33. Guttwyl	9,674	5

Oberaargau.

2
2
2
2
2
2
2
2
2
2

34. Rohrbach	8,208	4
35. Langenthal	9,952	5
36. Narwangen	7,024	4
37. Oberbipp	8,660	4
38. Herzogenbuchsee	10,790	5
39. Burgdorf	10,129	5
40. Oberburg	7,347	4
41. Kirchberg	9,777	5
42. Bätterkinden	5,581	3
43. Segenstorf	7,370	4

Seeland.

2
2
2
2
2
3
2
3

44. Wohlen	6,264	3
45. Laupen	9,189	5
46. Narberg	7,617	4
47. Schüpfen	8,595	4
48. Büren	8,886	4
49. Mida	12,300	6
50. Erlach	6,519	3
51. Biel	10,564	5

Uebertrag 407,492

205

101

	Seelenzahl	Zahl der Mitglieder des Großen Rathes.	29. Mai 1871.
Jura.	Uebertrag 407,492	205	101
52. Neuenstadt	4,412	2	1
53. Courtelary	10,293	5	3
54. St. Immer	12,420	6	3
55. Dachselden	7,249	4	2
56. Münster	6,363	3	2
57. Delsberg	7,709	4	2
58. Bassecourt	5,487	3	1
59. Laufen	5,683	3	1
60. Freibergen	10,791	5	2
61. Bruntrut	13,285	7	3
62. Courtemaiche	10,689	5	3
	501,873		
Die Gesamtzahl der Grobvrathsmittglieder beträgt		252	115

§ 2.

Dieses Dekret tritt auf den 1. Juli 1871 in Kraft.

Durch dasselbe wird das Dekret, betreffend die Feststellung des Repräsentationsverhältnisses im Großen Rath, vom 2. März 1870 aufgehoben.

Bern, den 29. Mai 1871.

Im Namen des Großen Rathes:

Der Präsident

Fr. Hofer.

Der Staatschreiber

M. v. Stürler.

29. Mai
1871.

Der Regierungsrath des Kantons Bern
beschließt:

Vorstehendes Dekret ist in die Gesetzsammlung aufzu-
nehmen.

Bern, den 31. Mai 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. **Trächsel.**

7. Juni
1871.

Dekret,

betreffend

die Verlängerung der Bundesgasse.

Der Große Rath des Kantons Bern,
in der Absicht, durch die Verlängerung der Bundesgasse
eine rationelle Vergrößerung der Stadt Bern zu fördern
und gleichzeitig eine Verwerthung der Terrains der kleinen
Schanze einzuleiten,

auf den Antrag des Regierungsrathes,

beschließt:

§ 1.

Der Alignementsplan über die Verlängerung der Bundes-
gasse, die Erstellung einer Verbindungsgasse zwischen der-

selben und dem Platz zwischen den Thoren und über die ganze nördliche Bastion der kleinen Schanze wird genehmigt.

7. Juni
1871.

§ 2.

Der Regierungsrath wird ermächtigt, auf Grundlage des vorgelegten Planes das nöthige Grundeigenthum für die verlängerte Bundesgasse und das Terrain südlich derselben zu erwerben unter Ratifikationsvorbehalt des Großen Rathes.

Es wird demselben zu diesem Zwecke das Expropriationsrecht ertheilt.

§ 3.

Ueber die Ausführung der beiden Gassen und die Art der Verwerthung der disponiblen Terrains der nördlichen Bastion hat der Regierungsrath mit Beförderung einläßliche Vorlagen zu machen.

§ 4.

Die Verwendung der südlichen Bastion der kleinen Schanze wird spätern Schlußnahmen vorbehalten.

§ 5.

Der Regierungsrath wird mit der Vollziehung dieses Dekrets beauftragt.

Bern, den 12. Jänner 1870.

Im Namen des Großen Rathes:

Der Präsident

M. Brunner.

Der Staatschreiber

M. v. Stürler.

7. Juni
1871.

Der Regierungsrath des Kantons Bern
beschließt:

Vorstehendes Dekret soll in die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 7. Juni 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:
Für den Präsidenten
Weber.

Der Rathschreiber
Dr. Trächsel.

7. Juni
1871.

Dekret,

betreffend

die Erstellung der Bundesgasse und den Verkauf der
Nordbastion der kleinen Schanze in Bern.

Der Große Rath des Kantons Bern,
in weiterer Ausführung der Schlußnahmen vom
12. Januar und 24. November 1870,

beschließt:

§ 1.

Der Regierungsrath wird ermächtigt, auf Grundlage
des am 12. Januar 1870 vom Großen Rath genehmigten
Malignementsplanes das nöthige Grundeigenthum zu er-
werben und allfällig aufhaftende Dienstbarkeiten abzulösen.

Es wird demselben zu diesem Zwecke das Expropriations-
recht ertheilt.

7. Juni.
1871.

§ 2.

Es wird dem Regierungsrath für die Ausführung der nothwendigen Arbeiten zu Lasten der Domänen-Liquidation ein Vorschusskredit auf die Kantonskasse von Fr. 70,000 bewilligt.

§ 3.

Der Baugrund der Nordbastion ist gesammthast und abtheilungsweise an eine öffentliche Steigerung zu bringen.

§ 4.

Der Regierungsrath wird ermächtigt, der Gemeinde Bern einen Theil des Baugrundes abzutreten, um die Hirschengrabenstraße zu erweitern, sofern die Gemeinde entsprechende Gegenleistungen übernimmt.

Ein daheriger Abtretungsvertrag unterliegt der Genehmigung des Großen Rathes.

§ 5.

Der Regierungsrath wird mit der Vollziehung dieses Dekrets beauftragt. Er hat dem Großen Rath in seiner nächsten ordentlichen Sitzung über den Stand des Unternehmens Bericht zu erstatten.

Bern, den 1. Juni 1871.

Im Namen des Großen Rathes:

Der Präsident

N. Brunner.

Der Staatschreiber

M. v. Stürler.

7. Juni
1871.

Der Regierungsrath des Kantons Bern
beschließt:

Vorstehendes Dekret soll in die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 7. Juni 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Für den Präsidenten

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.

7. Juni
1871.

D e k r e t

über die

Verrechnung des Erlöses von verkauften Domainen.

Der Große Rath des Kantons Bern,
auf den Antrag des Regierungsrathes,
beschließt:

§ 1.

Bei Veräußerung von Domainen werden die Kaufbeilen dem innern Zinsrodell, Abtheilung Domainenkapitalien, zur Verwaltung übergeben.

§ 2.

Wenn bei der Veräußerung gegenüber der Kapital-schätzung im Vermögens-Stat ein Mehrerlös erzielt wird, so hat die Verwaltung der Domainenkapitalien den Be-

trag desselben an die laufende Verwaltung, Abtheilung Domainen-Liquidation, auszurichten.

7. Juni
1871.

Wird dagegen die Kapitalschätzung nicht erreicht, so hat umgekehrt die laufende Verwaltung, Abtheilung Domainen-Liquidation, den Betrag des Mindererlöses an die Verwaltung der Domainenkapitalien zu vergüten.

In beiden Fällen findet die Auszahlung auf den im Kaufvertrag festgestellten Tag von Zins, Nutzungs- und Schadensanfang statt.

§ 3.

Dieses Dekret tritt sofort in Kraft.

Bern, den 1. Juni 1871.

Im Namen des Großen Rathes:

Der Präsident

N. Brunner.

Der Staatschreiber

M. v. Stürler.

Der Regierungsrath des Kantons Bern
beschließt:

Vorstehendes Dekret soll in die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 7. Juni 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Für den Präsidenten

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.

7. Juni
1871.

Dekret,

betreffend

Schießübungen der Infanterie.

Der Große Rath des Kantons Bern,
in der Absicht, die Schießtüchtigkeit der Infanterie zu
fördern,
in näherer Ausführung von § 79 der Militärorgani-
sation vom Jahr 1852,

beschließt:

§ 1.

Die Infanterie des Auszugs und der Reserve hat außer
den bereits vorgeschriebenen, auch in Zukunft mit den
Wiederholungskursen verbundenen Schießübungen noch
folgende fernere Schießübungen zu bestehen.

§ 2.

In denjenigen Jahren, in welchen die Bataillone des
Auszugs und der Reserve keinen Wiederholungskurs haben,
werden die Offiziere und die gewehrtragende Mannschaft
derselben zwei Mal für je längstens einen Tag zu spe-
ziellen Schießübungen besammelt. Die Anzahl Schüsse für
jede dieser Schießübungen beträgt 15 per Mann.

§ 3.

In denjenigen Jahren dagegen, in welchen die Ba-
taillone den Wiederholungskurs bestehen, findet außer

demselben nur eine spezielle Schießübung statt. Die Anzahl Schüsse für diese Übung beträgt ebenfalls 15 per Mann.

7. Juni
1871.

§ 4.

Die Schießübungen haben in den Bezirken der Mannschaft und in Abtheilungen, welche die Stärke von 100 Mann nicht übersteigen dürfen, stattzufinden. Hierbei können je nach Maßgabe der Verhältnisse mehrere Gemeinden betheiligt sein.

§ 5.

Die Munition für diese Schießübungen wird vom Staate, die Scheiben mit Zubehör dagegen von den Gemeinden geliefert und zwar je eine Scheibe auf fünf angelegene Gewehrtragende der Infanterie des Auszugs und der Reserve. Jedoch im Ganzen nie mehr als 30 Scheiben.

§ 6.

Die Schießübungen finden an Werktagen und im Wehrkleide statt. Sie sollen von den zugehörigen Offizieren geleitet und von den Stabsoffizieren überwacht werden.

§ 7.

Den Offizieren und der Mannschaft wird für diese Übungen weder Sold noch Verpflegung verabreicht.

§ 8.

Die Schießresultate sind den betreffenden Bataillonskommandanten einzureichen, welche dieselben von ihren Bataillonen zu Händen der Militärdirektion zusammenstellen.

7. Juni
1871.

§ 9.

Der Eintritt in die durch das Gesetz vorgesehenen Schützengesellschaften ist obligatorisch für die Offiziere des Auszugs und der Reserve.

Für die Unteroffiziere beider Altersklassen tritt diese Bestimmung in Kraft von der Revision des gegenwärtigen Gesetzes über die Schützengesellschaften hinweg.

§ 10.

Dieses Dekret tritt sofort in Kraft. — Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung desselben beauftragt.

Bern, den 1. Juni 1871.

Im Namen des Großen Rathes:

Der Präsident

N. Brunner.

Der Staatschreiber

M. v. Stürler.

Der Regierungsrath des Kantons Bern
beschließt:

Vorstehendes Dekret soll in die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 7. Juni 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Für den Präsidenten

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.

D e k r e t

über

7. Juni
1871.

die Trennung der Einwohnergemeinde Schwarzhäusern von der Kirchgemeinde Niederbipp und dem Amtsbezirk Wangen und deren Einverleibung in die Kirchgemeinde und den Amtsbezirk Aarwangen.

Der Große Rath des Kantons Bern,
in Betracht,

daß die Gemeinde Schwarzhäusern sowohl ihrer topographischen Lage nach als auch in Bezug auf ihren Verkehr und die gegebenen Verhältnisse zur Kirchgemeinde und zum Amtsbezirke Aarwangen gehört, daß der Anschluß dieser Gemeinde an die Kirchgemeinde und den Amtsbezirk Aarwangen im Wunsche der Bevölkerung liegt und von ihr nachgesucht wird;

daß ferner in Anwendung des § 66 der Verfassung der im Amtsbezirke Wangen liegende Scheuerhof- und Klebenbezirk einer Gemeinde definitiv zugetheilt werden muß,

beschließt:

Art. 1.

Der im Amtsbezirk Wangen gelegene Scheuerhof- und Klebenhofbezirk, welcher bis dahin im Steuerregister von Schwarzhäusern eingetragen war, wird dieser Gemeinde definitiv zugetheilt.

7. Juni
1871.

Art. 2.

Die Einwohnergemeinde Schwarzhäusern, welche bisher in kirchlicher Beziehung zu Niederbipp gehörte, wird von dieser Kirchgemeinde und vom Amtsbezirke Wangen abgetrennt und sowohl mit der Kirchgemeinde als mit dem Amtsbezirke Narwangen vereinigt.

Art. 3.

Durch diese Kostrennung verliert die Einwohnergemeinde Schwarzhäusern ihre Ansprüche auf das Kirchengut von Niederbipp und es gilt bezüglich der Folgen ihres Anschlusses an Narwangen der mit dieser Gemeinde vereinbarte Vertrag.

Art. 4.

Alle auf den Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes bei einer Staats- oder sonstigen Behörde anhängigen bürgerlichen, strafrechtlichen oder Administrativgegenstände, welche die Ortschaft Schwarzhäusern betreffen, sollen von derjenigen Behörde, bei welcher sie anhängig sind, zu Ende geführt werden.

Art. 5.

Aus den Grundbüchern von Niederbipp und den damit verbundenen Manualen sind genaue Auszüge auszufertigen über die letzten Rechtsgeschäfte, Verträge und sonstigen Akten, infolge welcher Rechte an unbeweglichen Sachen geändert haben, (Kauf, Tausch, Schenkung, Grundpfand, Dienstbarkeiten, Erbschaft u. s. w.) die im Gemeindebezirk von Schwarzhäusern gelegen sind.

Diese Auszüge sollen nach der Zeitfolge der Urkunden geordnet, gebunden und registrirt und in der Amtschreiberei Narwangen zum amtlichen Gebrauche und zur Einsicht für

Jedermann niedergelegt werden. Bescheinigungen aus denselben haben die gleiche rechtliche Gültigkeit, wie solche aus den Originalgrundbüchern.

7. Juni
1871.

Die Kosten dieser Auszüge fallen der Einwohnergemeinde Schwarzhäusern zur Last.

Art. 6.

Da in Hinsicht auf das Vormundschaftswesen und die ganze Gemeindeverwaltung die Einwohnergemeinde Schwarzhäusern nun zum Amtsbezirk Narwangen gehört, so sind alle darüber vorhandenen Urkunden, Bücher, Reglemente, Register u. s. w., in Original von dem bisherigen Aufbewahrungsorte Wangen nach Narwangen zu bringen. Sind solche Aktenstücke gemeinschaftlich, so sollen amtlich beglaubigte Auszüge aus denselben für Schwarzhäusern ausgefertigt werden.

Art. 7.

Dieses Dekret tritt auf 1. Jänner 1872 in Kraft. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung desselben und mit den weitem deshalb zu treffenden Anordnungen beauftragt.

Alle auf die Trennung und Zutheilung der Gemeinde Schwarzhäusern sich etwa noch ergebenden Zweifel oder Anstände sollen ebenfalls vom Regierungsrath entschieden und erledigt werden.

Bern, den 1. Juni 1871.

Im Namen des Großen Rathes:

Der Präsident

H. Brunner.

Der Staatschreiber

M. v. Stürler.

7. Juni
1871.

Der Regierungsrath des Kantons Bern
beschließt:

Vorstehendes Dekret soll in die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 7. Juni 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Für den Präsidenten

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. **Trächsel.**

17. Juni
1871.

B e s c h l u ß

über

Abänderung des § 1 der Verordnung vom 23. Mai 1859 und des Beschlusses vom 15. Christmonat 1869, betreffend die Reinigung der zu Erzwäschen bestimmten Wassersammler.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,
in der Absicht, die Reinigung der zu Erzwäschen bestimmten Wassersammler im Interesse der Fabrikbesitzer längs des Birsflusses besser zu ordnen,

in Abänderung des § 1 der Verordnung vom 23. Mai 1859 und des Beschlusses vom 15. Christmonat 1869,

auf den Antrag der Finanzdirektion,

17. Juni
1871.

beschließt:

1. Die Reinigung der zu Erzwäschen bestimmten Wasser-
sammler soll an zwei halben Tagen, nämlich je den ersten
und dritten Samstag jeden Monats, jeweilen von Mittag
an geschehen.

2. Alle übrigen Bestimmungen der Verordnung vom
23. Mai 1859 und des Beschlusses vom 15. Christmonat
1869 bleiben auch fernerhin in Kraft.

3. Gegenwärtiger Beschluß tritt sofort in Kraft. Er
soll durch das jurassische Amtsblatt bekannt gemacht und
in die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 17. Juni 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Kummer.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.

24. Juni
1871.

Kreisschreiben des Regierungsrathes

an

sämmtliche Regierungsstatthalter,

betreffend

das Taggeld der obrigkeitlichen Sachverständigen bei
den Feuerspritzen-Musterungen.

Die Bestimmung des § 8, Ziff. 2, lit. a des Regulativs vom 28. März 1853, durch welches das Taggeld eines obrigkeitlichen Sachverständigen bei den Feuerspritzen-Musterungen auf Fr. 6 festgesetzt wird, hat sich längst als in vielen Fällen unzulänglich erwiesen, so daß die Behörde schon vielfach um Bewilligung einer höhern Entschädigung für die betreffenden Verrichtungen angegangen wurde.

Wir haben deshalb auf den Antrag der Justiz- und Polizeidirektion beschlossen, die angeführte Vorschrift aufzuheben und dafür die Bestimmungen des ersten Alinea's des Art. 6 des Kreisschreibens vom 12. November 1827 wieder in Kraft zu setzen, in dem Sinne, daß das Taggeld eines solchen Sachverständigen, Reise- und Zehrungskosten inbegriffen, Fr. 6 bis 12 neue Währung betragen soll.

Dabei hat es den Verstand, daß die in jedem einzelnen Falle auszurichtende Entschädigung innerhalb dieses Minimums und Maximums jeweilen von der Justiz- und

Polizeidirektion zu bestimmen ist, welcher daher die bezüglichen Rechnungen jedes Mal zugleich mit dem vorgeschriebenen Bericht über die abgehaltenen Frühlingsmusterungen (Art. 4 des Kreis Schreibens von 1827) von den allfällig nöthigen Erläuterungen begleitet, zur Zahlungsanweisung einzusenden sind.

24. Juni
1871.

Gegenwärtiges Kreis Schreiben soll in die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 24. Brachmonat 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Kummer.

Der Staatskanzleisubstitut

H. Minnig.

B e s c h l u ß,

betreffend

Prüfung und Aufnahme der Predigtamtskandidaten.

30. Juni
1871.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,

in Betracht:

daß das Reglement vom 9. November 1854 namentlich in denjenigen Bestimmungen, welche das unbedingte Recht der Regierung zur Aufnahme in's bernische Mi-

30. Juni
1871.

nisterium beschränken, im Widerspruch steht mit § 80 der Staatsverfassung;

daß eine bloß theilweise Aufhebung des Reglements nicht wohl als thunlich erscheint;

daß aber bis zum Erlaß eines neuen Reglements für entsprechende Uebergangsbestimmungen gesorgt werden muß;

beschließt:

1. Das Reglement vom 9. November 1854 über die Prüfung und Aufnahme der Predigtamtskandidaten ist aufgehoben. Die Kirchensynode wird hievon in Kenntniß gesetzt und eingeladen, den Entwurf eines neuen Reglementes vorzulegen.

2. Bis zum Erlaß eines solchen hat die vom Regierungsrath zu erwählende theologische Prüfungskommission die Kandidaten nach dem Reglement vom 13. September 1867 zu prüfen und der Regierung direkt ihre Vorschläge bezüglich der Aufnahme derselben in's bernische Ministerium zu machen.

Der Aufnahmsrang wird nach der Gesamtzahl der erhaltenen Noten bestimmt.

3. Fremde, d. h. nicht im Kanton geprüfte Geistliche, haben ihr Gesuch um Aufnahme in das bernische Ministerium an die Kirchendirektion zu richten und, falls diese die Bewerbung auf Grund der vorhandenen Zeugnisse genehmigt, sich ebenfalls einer Prüfung zu unterwerfen.

Die Prüfungskommission ist ermächtigt, dergleichen Bewerbern je nach Umständen einen Theil der Prüfung, jedoch niemals die Probepredigt, zu erlassen.

Ueber deren Aufnahme in's Ministerium entscheidet ebenfalls, auf eingelangtes Gutachten der Prüfungskommission, der Regierungsrath.

30. Juni
1871.

4. Zur Uebernahme fortdauernder geistlicher Amtsverrichtungen Seitens fremder, nicht in's bernische Ministerium aufgenommener Geistlicher an der Stelle eines Andern, bedarf es der Erlaubniß der Kirchendirektion, welche darüber den Befund der Prüfungskommission einholt.

5. Die Ordination der in's Ministerium aufgenommenen Predigtamtskandidaten geschieht öffentlich in der Kirche durch einen vom Synodalausschuß zu bezeichnenden Geistlichen.

Die Abnahme des nach Beschluß vom 13. Juli 1870 vorgeschriebenen Gelübdes findet nach der Ordination durch den Direktor des Kirchenwesens statt.

6. Dieser Beschluß tritt sofort in Kraft und soll in die Gesetzsammlung eingerückt werden.

Bern, den 30. Brachmonat 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Rummer.

Der Rathschreiber

Dr. **Trächsel.**

26. Juli
1871.

Verordnung

gegen

zudringliches Feilbieten.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,
in der Absicht, den in manchen Gegenden des Kantons
je länger je mehr zu Tage tretenden Uebelständen, welche
entstehen durch das zudringliche Feilbieten von Früchten,
Blumen, Mineralien und andern Gegenständen auf den
vorzugsweise von Lustreisenden (Touristen) benutzten Wegen,
sowie in den öffentlichen Wirthschaften, besonders der
Städte und größerer Ortschaften, in wirksamer Weise zu
steuern und den Klagen über daherige Belästigung des
Publikums abzuhelpen;

gestützt auf das Dekret des Großen Rathes vom
1. März 1858;

auf den Antrag der Justiz- und Polizeidirektion,
verordnet:

Art. 1. Das Feilbieten von Früchten und andern
Eßwaaren, von Blumen, Mineralien, Holzschmiedewaaren,
Zündhölzchen, Cigarren und andern Gegenständen, für
welche kein Hausirpatent ertheilt wurde, ist, unter Vorbe-
halt der durch Art. 2 hienach gestatteten Ausnahme, auf
allen öffentlichen Straßen, Plätzen und Wegen, sowie in
allen für die Gäste bestimmten Räumlichkeiten öffentlicher
Wirthschaften Jedermann verboten.

26. Juli
1871.

Art. 2. In jeder Gemeinde kann indessen der Gemeinderath nach seinem Ermessen gewisse Standorte bezeichnen, auf welchen Gegenstände der angeführten Art öffentlich feil geboten und verkauft werden dürfen. Allein auch hier haben sich die Verkäufer des Nachlaufens nach den Vorübergehenden und überhaupt jeder Zudringlichkeit gegen das Publikum gänzlich zu enthalten.

Art. 3. Das gewerbsmäßige Oeffnen und Schließen der Gatter und Thürchen auf Berg- und sonstigen Wegen ist verboten.

Art. 4. Widerhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen sind mit einer Buße von Fr. 2 bis Fr. 10 zu bestrafen.

Art. 5. Für die Bußen und Kosten, zu welchen in Anwendung gegenwärtiger Verordnung Minderjährige verurtheilt werden, sind deren Eltern oder Vormünder persönlich haftbar.

Art. 6. Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 5. August 1871 in Kraft. Sie soll unverzüglich in sämtlichen Gemeinden des Kantons auf übliche Weise bekannt gemacht, sowie auch in das Amtsblatt und in die Gesesammlung eingerückt werden.

Die Regierungsstatthalter und die Ortspolizeibehörden haben über deren Vollziehung zu wachen.

Bern, den 26. Heumonath 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Das präsidirende Mitglied

F. Kilian.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.

2. August
1871.

Konzeſſion

für

den Bau und Betrieb einer Brünigbahn.

Der Große Rath des Kantons Bern,
auf den Antrag des Regierungsrathes und der betref-
fenden Spezialkommission, ertheilt hiermit dem laut Akt vom
17. Juli 1870 konstituirten Gründungskomite für eine
Brünigbahn nachfolgende Konzeſſion für den Bau und
Betrieb einer Eisenbahn über den Brünig:

§ 1.

Dem Gründungskomite für den Bau und Betrieb einer
Brünigbahn wird zu Handen einer für die Ausführung
dieses Unternehmens zu bildenden Aktiengesellschaft die Er-
mächtigung zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn, bestehend
aus nachfolgenden Sektionen, ertheilt:

- I. Vom östlichen Ende des Thunersees, anschließend
an den Hafen und Landungsplatz der Dampfschiffe,
bis zum Landungsplatz und Hafen der Dampfschiffe
am Ausflusse des Brienersees.
- II. Entweder direkte Fortsetzung der I. Sektion von
Interlaken über Brienz bis an die Kantonsgrenze
auf dem Brünig, oder aber ohne direkten Anschluß
an die I. Sektion vom Hafen und Landungsplatz
der Dampfschiffe am westlichen Ende des Briener-
sees bis an die Kantonsgrenze auf dem Brünig.

III. Vom östlichen Ende des Thunersees an geeignetem Punkte anschließend an die Sektion I. auf dem linken Seeufer nach Thun.

2. August
1871.

§ 2.

Die Dauer der Konzession für den Betrieb der Bahn in Nutzen und Schaden der Gesellschaft ist auf neunundneunzig auf einander folgende Jahre festgesetzt vom 1. Mai 1874 an für alle drei Bahnsektionen gleich gerechnet. Nach Ablauf dieser Zeitdauer soll die Konzession nach dannzumaliger Uebereinkunft erneuert werden, insofern von dem in Art. 25 beschriebenen Rückkaufsrecht kein Gebrauch gemacht worden ist.

§ 3.

Für den Beginn der Arbeiten und die Vollendung der Bahn werden folgende Termine festgestellt:

Für die I. Sektion: Beginn der Arbeiten spätestens 12 Monate nach erfolgter Bundesgenehmigung der Konzession, und Vollendung der Bahn spätestens binnen 18 Monaten vom Arbeitsbeginne an gerechnet.

Für die II. Sektion: Beginn der Arbeiten spätestens binnen drei Jahren, von der Bundesgenehmigung an gerechnet, und Vollendung längstens binnen drei Jahren, vom Beginne der Arbeiten an gerechnet

Für die III. Sektion gelten die gleichen Zeitbestimmungen wie für die zweite Sektion.

Erfolgt der Arbeitsbeginn binnen der vorgeschriebenen Frist nicht, so erlöscht die Konzession je für die betreffende Sektion, sofern vom Großen Rathe nicht eine Verlängerung bewilligt wird.

2. August
1871.

§. 4.

Das Bundesgesetz vom 1. Mai 1850 über die Verbindlichkeit zur Abtretung von Privatreehten findet keine Anwendung auf die Erbauung, sowie auf die nachherige Instandhaltung der Bahn.

Alle Verbindlichkeiten und Befugnisse, welche jenes Gesetz bezüglich auf die Abtretung von Privatreehten für die Errichtung öffentlicher Werke aufstellt, sollen bei der gegenwärtigen Unternehmung ihre Geltung finden.

§ 5.

Innert den zum Beginn der Arbeiten festgestellten Fristen hat die Gesellschaft dem Großen Rathe den Ausweis zu leisten über den Besitz der nöthigen Mittel zur gehörigen Ausführung der Bahnabtheilungen, welche sie bauen will. Gleichzeitig hat die Gesellschaft als Gewähr für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen eine Bürgschaft zu leisten oder eine Summe in Baar oder in Werthpapieren zu hinterlegen im Betrage von Fr. 40,000 für die I. Sektion und von Fr. 100,000 für jede der beiden andern Sektionen. Der Staat wird die Baarhinterlagen so verzinsen, wie die demzumaligen Einlagen von Privaten in die Kantonalbank, welche mindestens ein Jahr stehen bleiben und hernach auf Kündigung hin zahlbar sind. Er wird die Kaution zurückzahlen oder herausgeben, sobald der Bau vollendet und durch eine amtliche Expertise anerkannt sein wird.

Bevor die Bauarbeiten beginnen können, muß obigen Vorschriften Genüge geleistet sein und müssen überdieß die Baupläne der Genehmigung des Reg.-Rathes unterbreitet werden. Nachherige wesentliche Abweichungen von diesen Plänen sind nur nach neuerdings eingeholter Genehmigung

der Regierung gestattet. Ueber die Lage der Bahnhöfe und Stationen nebst ihren Verbindungsstraßen hat eine Verständigung mit der Regierung stattzufinden. Sollte ein Einverständniß nicht erfolgen, so steht dem Großen Rathe das Entscheidungsrecht zu.

2. August
1871.

§ 6.

Die Bahn ist mit einspurigem Unterbau anzulegen. Wenn in der Folge die einspurige Bahn dem Verkehr nicht genügen würde, so ist die Gesellschaft zur Erstellung einer zweiten Spur berechtigt.

Alle Arbeiten sind auf solide und jede erforderliche Sicherheit bietende Weise auszuführen und sollen den Bestimmungen der Verordnung des Bundesrathes über die technische Einheit im schweizerischen Eisenbahnwesen vom 9. August 1854 entsprechen. Ebenso soll das Bahnmateriale mit obigen Bedingungen übereinstimmen. Sollten, um das Zustandekommen des Unternehmens zu fördern, Abweichungen von den bestehenden technischen Vorschriften wünschenswerth erscheinen, so dürfen solche nur mit Genehmigung der Kantonsregierung und des Bundesrathes stattfinden.

§ 7.

Da wo in Folge des Baues der Eisenbahn Uebergänge, Durchgänge und Wasserlässe, gebaut, überhaupt Veränderungen an Straßen, Wegen, Brücken, Stegen, Flüssen, Kanälen oder Bächen, Abzugsgräben, Wasserbrunnen oder Gasleitungen erforderlich werden, sollen alle Unkosten der Gesellschaft zufallen, so daß den Eigenthümern oder sonstigen mit dem Unterhalt belasteten Personen oder Gemeinheiten weder ein Schaden noch eine größere Last als die bisher

2. August
1871.

getragene aus jenen Veränderungen erwachsen können. Die Pläne zu diesen Arbeiten unterliegen, wie alle übrigen, der Genehmigung des Regierungsrathes, der auch über die Nothwendigkeit und Ausdehnung solcher Bauten u. s. w. im Falle vorhandenen Widerspruchs ohne Weitersziehung entscheidet.

§ 8.

Wenn nach Erbauung der Eisenbahn neue Straßen, Wege, Kanäle, Wässerungsanlagen oder Brunnleitungen u. s. w., welche die Bahn kreuzen, vom Staat oder von Gemeinden oder von Privaten angelegt werden, so hat die Gesellschaft für die daherige Inanspruchnahme ihres Eigenthums, für daraus entstehende Unterbrechungen im Bahndienst, sowie für die Vermehrung der Bahnwärter und Bahnwarthäuser, welche dadurch nothwendig gemacht werden dürften, den Eigenthümern jener Objekte gegenüber kein Recht auf Entschädigungsforderung. Dagegen fällt die Herstellung, sowie die Unterhaltung auch derjenigen Bauten, welche in Folge der Anlagen solcher Straßen, Kanäle u. s. w. zu dem Zwecke der Erhaltung der Eisenbahn in ihrem unverkümmerten Bestande erforderlich waren, ausschließlich dem Staate, beziehungsweise den Gemeinden oder Privaten zur Last.

§ 9.

Während dem Bahnbau sind von der Gesellschaft die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, daß der Verkehr auf den bestehenden Straßen und Verbindungsmitteln überhaupt nicht unterbrochen, auch an Grundstücken und Gebäulichkeiten, so wenig als möglich Schaden zugefügt werde; für Beschädigungen hat die Gesellschaft Ersatz zu leisten.

§ 10.

2. August
1871.

Der Bahnbetrieb soll durch Arbeiten für den Bahnunterhalt, Reparaturen oder Neubauten, höhere Gewalt vorbehalten, nicht unterbrochen werden.

Sollten der Staat, die Gemeinden oder Privaten Arbeiten, welche die Eisenbahn durchkreuzen, auszuführen oder zu repariren haben, so sind diese Arbeiten in ihren Kosten und im Einverständniß mit den Vertretern der Gesellschaft in kürzester Frist auszuführen. Für bei diesem Anlasse in Folge höherer Gewalt entstehende Unterbrechungen im Bahndienst hat die Gesellschaft nur in dem Falle Anspruch auf Entschädigung, wenn die fraglichen Arbeiten nicht in der kürzesten Frist ausgeführt worden sind.

§ 11.

Die Gesellschaft wird die Bahn, sowie die von ihr erstellten Zufahrtswege, wo es die öffentliche Sicherheit erfordert, in ihren Kosten, auf eine hinlängliche Sicherheit gewährende Weise einfrieden und die Einfriedung stets in gutem Stande halten.

Ueberhaupt hat sie in ihren Kosten alle Vorkehrungen zu treffen, welche die Regierung für die öffentliche Sicherheit als nothwendig erachtet, wie den Bau von Bahnwärterhäusern oder andern entsprechenden Maßregeln.

§ 12.

Gegenstände von naturhistorischem, antiquarischem, plastischem, überhaupt wissenschaftlichem Werthe, als z. B. Fossilien, seltene Mineralien, Münzen, Medaillen u. s. w., welche bei dem Bau der Bahn gefunden werden dürften, sind und bleiben Eigenthum des Staates.

2. August
1871.

§ 13.

Nach Vollendung der Bahn wird die Gesellschaft auf ihre Kosten einen vollständigen Grenz- und Katastralplan mit Beziehung von Ausgeschossenen der betreffenden Gemeindebehörden aufnehmen, und zugleich mit Beziehung von Delegirten der Bundes- und Kantonalbehörden eine Beschreibung der hergestellten Brücken, Uebergänge und andern Kunstbauten, sowie ein Inventar des sämmtlichen Betriebsmaterials ausfertigen lassen.

Authentische Anfertigungen dieser Dokumente, denen eine genaue und vollständig abgeschlossene Rechnung über die Kosten der Anlage der Bahn und ihrer Betriebseinrichtungen beizulegen ist, sollen in das Archiv des Kantons niedergelegt werden. Später ausgeführte Ergänzungen oder Veränderungen am Bau der Bahn sollen in den gedachten Dokumenten nachgetragen werden.

§ 14.

Bevor eine Bahnstrecke dem Verkehr übergeben wird, soll dieselbe durch Abgeordnete der Regierung untersucht und erprobt werden. Die Eröffnung des öffentlichen Betriebs kann erst dann vor sich gehen, wenn auf den Bericht ihrer Abgeordneten die Regierung die förmliche Bewilligung dazu ertheilt hat.

§ 15.

Die Bahn sammt beweglicher und unbeweglicher Zubehörde soll stets in gutem, sicherm Zustande erhalten werden.

Dieser Zustand, sowie sämmtliche Einrichtungen der Bahn können jederzeit durch Abgeordnete der Regierung untersucht werden. Sollte die Gesellschaft allfällig entdeckten und ihr bezeichneten Mangelhaftigkeiten oder Vernach-

läßigungen nicht sofort abhelfen, so ist die Regierung befugt, von sich aus auf Unkosten der Gesellschaft das Nöthige vorzukehren.

2. August
1871.

§ 16.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, eine wenigstens zweimal tägliche Verbindung für Reisende zwischen den Endpunkten der Bahn zu unterhalten. Diese zwei vorgeschriebenen Personenzüge sollen an allen Stationen anhalten und Personenwagen jeder Klasse enthalten. Diese Verpflichtung erstreckt sich jedoch nicht auf die Fahrten über den Brünig während den Wintermonaten, bezüglich auf welche jeweilige Verständigung mit dem Regierungsrathe vorbehalten wird.

Die mittlere Geschwindigkeit der Personenzüge im Sommer soll wenigstens fünf Wegstunden per Zeitstunde betragen.

§ 17.

Die Erhebung der Fahr- und Beförderungstaren hat nach folgenden Bestimmungen zu geschehen:

P e r s o n e n .

Für den Personentransport werden drei Wagenklassen aufgestellt, nämlich:

Die Wagen erster Klasse, gedeckt, mit gepolsterten Rücklehnen und Sitzen versehen und mit Glacé verschlossen.

Die Wagen zweiter Klasse, gedeckt, mit gepolsterten Sitzen versehen und mit Glacé verschlossen.

Die Wagen dritter Klasse, gedeckt, mit ungepolsterten Sitzen versehen und mit Fensterscheiben geschlossen.

2. August
1871.

Personengepäck.

Das kleine Handgepäck, welches von Reisenden getragen wird und ohne Belästigung in den Personenwagen untergebracht werden kann, ist bis auf ein Gesamtgewicht von 20 Pfunden per Person taxfrei.

Der Transport des übrigen Gepäcks unterliegt der Eilguttaxe.

Pferde und Vieh.

Für den Transport von Pferden und Vieh sind drei Klassen aufzustellen. Die erste Klasse begreift Pferde, Esel und Maulthiere; die zweite Klasse alles Rindvieh mit Ausnahme von Kälbern; die dritte Klasse das Kleinvieh, als Kälber, Schweine, Schafe und Ziegen.

Wenn der Transport der Pferde oder des Viehs mit Personenzügen verlangt wird, so können die Transportpreise um 40 % erhöht werden.

Waaren.

Sendungen jeder Art unter 50 Pfund Gewicht, sowie Waaren, deren Beförderung mit beschleunigter Schnelligkeit verlangt wird, sind als Eilgut zu betrachten und mit dem nächsten Zuge zu befördern (Schnellzüge ausgenommen), wenn sie zwei Stunden vor der Abgangsstunde des Zuges in einer Station abgegeben worden sind.

Geld, Kleinodien, Werthpapiere, sowie auch Gegenstände von außerordentlicher Dimension und Fuhrwerke werden nicht nach den gewöhnlichen Waarentarifen befördert, sondern unterliegen besondern Taxbestimmungen, welche von der Gesellschaft unter Gutheißung des Regierungsrathes festzustellen sind.

2. August
1871.

Traglasten mit landwirthschaftlichen Erzeugnissen in Begleitung ihrer Träger sind bis auf fünfzig Pfund für jeden Träger taxfrei; das Gewicht über fünfzig Pfund bezahlt die gewöhnliche Güterfracht.

Allgemeine Bestimmungen.

Das Minimum der Transporttaxe eines einzelnen Gegenstandes ist auf 40 Rp. bestimmt.

Die in den Tarifen festgesetzten Taxen erstrecken sich nur auf den Transport von Station zu Station.

Für Bezug der Nebengebühren, wie Auf- und Abladgebühren, Lager- und Waaggebühren u. s. w., sowie für Transportgebühren für in diesem Konzessionsakt nicht bezeichnete Gegenstände ist die Gesellschaft berechtigt, besondere Reglemente aufzustellen, welche der Gutheißung des Regierungsrathes unterliegen.

Die Taxen sollen überall und für Jedermann gleichmäßig berechnet werden. Die Gesellschaft darf Niemanden einen Vorzug einräumen, den sie nicht unter gleichen Umständen allen Andern gestattet.

Kinder unter zehn Jahren zahlen auf allen Plätzen die Hälfte. Die Gesellschaft verpflichtet sich, für Billets zur Hin- und Rückfahrt, am gleichen Tage gültig, eine Ermäßigung von 20 % auf obiger Taxe eintreten zu lassen.

Für Abonnementsbillets für wenigstens 12 Fahrten auf der ganzen Linie innert 3 Monaten wird sie einen weitem Rabatt bewilligen.

§ 18.

Die Gesellschaft ist befugt, folgende Maximaltaxen zu beziehen:

2. August 1871. A. Für den Fall, daß die II. und III. Sektion eine nach der andern oder gleichzeitig mit der I. Sektion in Verbindung gesetzt werden.

Tarif.

Personen.

	Per Stunde.
Wagen erster Klasse	70 Rp.
„ zweiter „	40 „
„ dritter „	25 „

Vieh.

	Per Stunde.
Pferde und Maulthiere . per Stück	80 Rp.
Ochsen, Kühe, Stiere . „ „	40 „
Kälber, Schweine, Hunde, Schafe, Ziegen . . „ „	15 „

Für die Ladung ganzer Transportwagen soll eine angemessene Ermäßigung auf obigen Taxen stattfinden.

Waaren.

Für den Transport von Waaren durch gewöhnliche Waarenzüge darf nicht mehr als 5 Rp. per Centner und per Stunde erhoben werden.

Waaren aller Art, welche mit der Geschwindigkeit von Personenzügen befördert werden sollen, haben 10 Rp. per Centner und per Stunde zu bezahlen.

Das Minimum ist für Gewichte $\frac{1}{2}$ Centner, für Werthe Fr. 500 und für Entfernungen $\frac{1}{2}$ Stunde.

B. So lange nur die I. Sektion erstellt ist.

So lange die I. Sektion, zwischen den beiden Seen nicht in der Richtung nach Thun oder nach dem Brünig verlängert sein wird, ist die Gesellschaft befugt, sich auf Personenwagen I. und II. Klasse zu beschränken und für diesen Fall nachstehende Maximaltaxen zu erheben:

- a) Für den Transport von der Station am Thunersee bis zu einer der andern Stationen der Linie (inbegriffen die Station am Ausfluß des Brienersee's) und umgekehrt: 2. August
1871.

Personen.

Wagen erster Klasse	80 Rp.
„ zweiter „	40 Rp.

Vieh.

Pferde, Esel und Maulthiere	per Stück 90 Rp.
Großvieh aller Art, ausge-	
nommen Kälber	50 „
Kleinvieh	25 „

Waaren.

Waaren mit beschleunigter Geschwindigkeit	per Ctr. 20 Rp.
„ „ gewöhnlicher, nicht beschleunigter Geschwindigkeit	per Ctr. 10 Rp.

- b) Für den Transport von einer Zwischenstation zur andern oder von einer Zwischenstation zur Endstation bei'r Zollbrück oder umgekehrt, die Hälfte der unter Lit. a bezeichneten Taxen.

Die hievor bezeichneten Maximaltaxen sollen reduzirt werden, sobald die Bahn 8 % abwirft.

Wenn hingegen der Reinertrag des Unternehmens nicht 5 % erreicht, so ist die Gesellschaft befugt, vorstehende Taxe um 30 % zu erhöhen.

§ 19.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, Militär, welches in eidgenössischem oder kantonalem Dienste steht, sowie eidgenössisches oder kantonales Kriegsmaterial auf Anordnung

2. August
1871.

der zuständigen Militärstelle um die Hälfte der Taxen durch die ordentlichen Bahnzüge zu befördern. Diese Bestimmung ist gleichfalls auf Landjäger und Polizeidiener anwendbar, welche in amtlichen Aufträgen reisen.

Größere Truppenkorps in eidgenössischem Militärdienste, sowie das Materielle derselben sind unter den gleichen Bedingungen nöthigenfalls durch außerordentliche Bahnzüge zu befördern. Jedoch hat die Eidgenossenschaft oder der Kanton die Kosten, welche durch außerordentliche Sicherheitsmaßregeln für den Transport von Pulver und Kriegsf Feuerwerken veranlaßt werden, zu tragen und für Schaden zu haften, der durch Beförderung der letzterwähnten Gegenstände ohne Verschulden der Gesellschaft oder ihrer Angestellten verursacht werden sollte.

Uebrigens ist die Gesellschaft gehalten, polizeilich zu transportirende Personen um die Hälfte der Taxen auf der Bahn zu befördern.

§ 20.

Die Handhabung der Polizei auf der Eisenbahn, in den Bahnhöfen oder andern dazu gehörenden Gebäuden steht, unvorgreiflich den Befugnissen der Landespolizei, der Gesellschaft zu, die hierüber unter Genehmigung des Regierungsrathes die erforderlichen Reglemente aufstellen darf.

Die mit der Handhabung und Ausführung dieser Reglemente zu betrauenden Bahnbeamten sind vorzugsweise unter Kantonsangehörigen zu nehmen und sollen eine kenntliche Auszeichnung in der Kleidung erhalten. Sie sind außerdem von den zuständigen Behörden in's Handgelübb zu nehmen.

Zur Sicherung des Bezugs des Ohmgeldes wird

die Gesellschaft, im Einverständnisse mit den zuständigen Behörden, die geeigneten Vorkehrungen treffen.

2. August
1871.

§ 21.

Die von den zuständigen Bundes- oder Kantonalbehörden erlassenen Gesetze oder besondern Strafbestimmungen gegen Beschädigung der Eisenbahn, Gefährdung des Verkehrs auf derselben und Ueberschreitung bahnpolizeilicher Vorschriften finden auf die hier konzessionirten Bahnstrecken ebenfalls ihre Anwendung.

Störer und Beschädiger sind von den Bahnbeamten im Betretungsfalle zur Verantwortung zu ziehen und je nach Umständen festzunehmen und an die zuständige Behörde abzuliefern.

§ 22.

Außer den Lokomotivführern und Heizern sollen mit Vorbehalt der Genehmigung der Bundesbehörden auch vom Militärdienst befreit sein die Angestellten für den Bahnunterhalt und die mit der Handhabung der Bahnpolizei betrauten Beamten, ferner die Angestellten des Zug- und Wagendienstes sowie die Stationsvorsteher und ihre Stellvertreter.

§ 23.

Die Gesellschaft soll für die Bahnstrecken mit Bahnhöfen, Zubehörenden und Betriebsmaterial, sowie zu Bahnzwecken bestimmten Gebäuden und Liegenschaften außerhalb des Bahnkörpers weder in kantonale noch in Gemeindebesteuerung gezogen werden.

In dieser Steuerfreiheit sind jedoch die gesetzlichen Beiträge an die gegenseitige Brandversicherung nicht inbegriffen.

2. August
1871.

§ 24.

Die Gesellschaft wird der Regierung jedes Jahr einen Bericht über die Betriebsergebnisse und den Ertrag der Bahnunternehmung einreichen.

§ 25.

Wenn die Eidgenossenschaft von ihrem Rückkaufsrecht keinen Gebrauch macht, so behält sich der Staat Bern das Recht vor, die Eisenbahn in ihrer Gesamtheit, sammt dem Material, den Gebäulichkeiten und Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90. und 99. Jahres von dem 1. Mai 1874 an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er die Gesellschaft jeweils fünf Jahre zum Voraus hiervon benachrichtigt hat. Der Rückkauf darf nur für die ganze Brünigbahn zwischen Thun und Luzern, soweit sie wirklich erstellt ist, ausgeübt werden.

Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigung nicht erzielt werden, so wird die letztere direkt und oberinstanzlich durch das eidgenössische Bundesgericht entschieden.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

- a. Im Falle Rückkaufes im 30., 45. und 60. Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrages derjenigen 10 Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Kanton den Rückkauf erklärt, unmittelbar vorangehen, im Falle des Rückkaufes im 75. Jahre der 22^{1/2}fache und im 90. Jahre der 20fache Werth dieses Reinertrages zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das Auslagekapital betragen darf.

2. August
1871.

Von dem Reinertrage, welcher bei der Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind diejenigen Summen, welche einem speziellen Bahnreservofonds gehören, in Abzug zu bringen.

- b. Im Falle des Rückkaufs im 99. Jahre ist die muthmaßliche Summe, welche die Erstellung der Bahn und die Einrichtung derselben zum Betrieb in diesem Zeitpunkte kosten würden, als Entschädigung zu bezahlen.
- c. Die Bahn sammt Zubehörde ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rückkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Staate Bern abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rückkaufsumme in Abzug zu bringen.

Streitigkeiten, welche hierüber entstehen möchten, sind durch das eidgenössische Bundesgericht auszutragen.

§ 26.

Streitigkeiten civilrechtlicher Natur, welche zwischen dem Staate und der Gesellschaft über die Pflichten und Bedingungen der gegenwärtigen Konzession entstehen könnten, unterliegen ebenfalls der Entscheidung durch das eidgenössische Bundesgericht.

§ 27.

Die Fahrpläne, Tarife und Transportreglemente für die gewöhnlichen Züge, sowie deren Abänderungen unterliegen der Genehmigung des Regierungsrathes.

§ 28.

Die Bahn unterliegt der Besteuerung, sobald der Reinertrag 5 % erreicht.

2. August
1871.

§ 29.

Ohne die Ermächtigung des Großen Rathes darf die Bahn nicht veräußert, fusionirt oder verpachtet werden.

§ 30.

Die Häfen und Landungsplätze auf bernischem Gebiet, mit welchen die projektirte Bahn sich in Verbindung setzen wird, stehen unter dem Polizeireglement über die Dampfschiffahrt vom 20. April 1857. Sollte namentlich bezüglich der Anschluß- und Verkehrsverhältnisse zwischen den Dampfschiffen auf dem Thuner- und Brienzensee und der Böödelibahn unter den Dampfschiffgesellschaften und der Eisenbahngesellschaft kein Einverständnis erzielt werden, so wird der Regierungsrath dieselben festsetzen.

§ 31.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, ein Domizil im Kanton zu verzeigen.

Bern, den 28. Christmonat 1870.

Im Namen des Großen Rathes:

Der Präsident

Fr. Hofer.

Der Staatschreiber

M. v. Stürler.

Bundesbeschluss,

betreffend

2. August
1871.**den Bau und Betrieb einer Brünigbahn.**

(Vom 11. Juli 1871.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht:

1) eines Beschlusses des Großen Rathes des Kantons Bern vom 28. Christmonat 1870, durch welchen dem Gründungskomite für eine Brünigbahn zuhanden einer für die Ausführung dieses Unternehmens zu bildenden Aktiengesellschaft die Konzession ertheilt wird zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn, bestehend aus nachfolgenden Sektionen:

- I. Vom östlichen Ende des Thunersees, anschließend an den Hafen und Landungsplatz der Dampfschiffe, bis zum Landungsplatz und Hafen der Dampfschiffe am Ausflusse des Brienersees;
- II. Entweder direkte Fortsetzung der I. Sektion von Interlaken über Brienz bis an die Kantonsgrenze auf dem Brünig, oder aber ohne direkten Anschluß an die I. Sektion vom Hafen und Landungsplatz der Dampfschiffe am westlichen Ende des Brienersees bis an die Kantonsgrenze auf dem Brünig;
- III. Vom östlichen Ende des Thunersees an geeignetem Punkte anschließend an die Sektion I. auf dem linken Seeufer nach Thun;

2. August
1871.

2) einer bezüglichen Botschaft des Bundesrathes vom
26. Juni 1871;

in Anwendung des Bundesgesetzes vom 28. Juli 1852;

beschließt:

Es wird der genannten Eisenbahnkonzession die Genehmigung des Bundes ertheilt unter den nachstehenden Bedingungen:

Art. 1. In Anwendung von Art. 8, Lemma 3 des Bundesgesetzes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen wird dem Bundesrathe vorbehalten, für den regelmäßigen periodischen Personentransport, je nach dem Ertrage der Bahn und dem finanziellen Einflusse des Unternehmens auf den Postertrag, eine jährliche Konzessionsgebühr, die den Betrag von Fr. 500 für jede im Betrieb befindliche Wegstrecke von einer Stunde nicht übersteigen soll, zu erheben. Der Bundesrath wird jedoch von diesem Rechte so lange keinen Gebrauch machen, als die Bahnunternehmung nicht mehr als 4% nach erfolgtem Abzuge der auf Abschreibungsrechnung getragenen oder einem Reservefond einverleibten Summen abwirft.

Art. 2. Der Bund ist berechtigt, die hier konzedirte Eisenbahn in ihrer Gesamtheit, sammt dem Material, den Gebäulichkeiten und Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90. und 99. Jahres, vom 1. Mai 1874 an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er die Gesellschaft jeweilen fünf Jahre zum Voraus hievon benachrichtigt hat. Der Rückkauf darf nur für die ganze Brünigbahn zwischen Thun und Luzern, soweit sie wirklich erstellt ist, ausgeübt werden.

Kann eine Verständigung über die zu leistende Ent-

schädigung nicht erzielt werden, so wird die letztere durch das eidgenössische Bundesgericht entschieden.

2. August
1871.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

- a. Im Falle des Rückkaufes im 30., 45. und 60. Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrags derjenigen 10 Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Bund den Rückkauf erklärt, unmittelbar vorangehen; im Falle des Rückkaufes im 75. Jahre der 22 $\frac{1}{2}$ fache und im 90. Jahre der 20fache Werth dieses Reinertrages zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher bei der Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind diejenigen Summen, welche einem speziellen Bahnreservofonds gehören, in Abzug zu bringen.
- b. Im Falle des Rückkaufs im 99. Jahre ist die muthmaßliche Summe, welche die Erstellung der Bahn und die Einrichtung derselben zum Betrieb in diesem Zeitpunkte kosten würden, als Entschädigung zu bezahlen.
- c. Die Bahn sammt Zubehörde ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte der Rückkauf auch erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Bund abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rückkaufssumme in Abzug zu bringen.

Streitigkeiten, die hierüber entstehen möchten, sind durch das eidgenössische Bundesgericht auszutragen.

2. August
1871.

Art. 3. Für den Beginn der Arbeiten werden folgende Termine festgestellt:

Für die I. Sektion 12 Monate vom Datum dieses Beschlusses an gerechnet.

Für die II. und III. Sektion 3 Jahre vom Datum dieses Beschlusses an gerechnet.

Gleichzeitig mit dem Ausweis über den Beginn der Arbeiten ist auch genügender Ausweis über die Mittel zur gehörigen Fortführung der Bahnunternehmung zu leisten in der Meinung, daß widrigenfalls nach Ablauf der festgesetzten Fristen die Genehmigung des Bundes für die betreffende Sektion erlischt.

Art. 4. Es sollen alle Vorschriften der Bundesgesetzgebung über den Bau und Betrieb der schweiz. Eisenbahnen genaue Beobachtung finden, und es darf denselben durch die Bestimmungen der gegenwärtigen Konzession keinerlei Eintrag geschehen.

Art. 5. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlusses beauftragt.

Also beschlossen vom Ständerathe,
Bern, den 7. Juli 1871.

Der Präsident: **H. Keller.**

Der Protokollführer: **J. L. Lütcher.**

Also beschlossen vom Nationalrathe,
Bern, den 11. Juli 1871.

Der Präsident: **H. Brunner.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern,
beschließt:

2. August
1871.

Vorstehende Konzession nebst Bundesbeschluß soll in
die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 2. August 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Vicepräsident

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. **Trächsel.**

10. August
1871.

Konzeffionsakt

für

den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von der bernischen Staatsbahn bei Nyß bis an die freiburgische Grenze bei Träschelz.

Das interkantonale Komitee der Brogebahn, bestehend aus den Herren Staatsrath Estoppey in Lausanne als Präsident, Nationalrath Perrin als Vize-Präsident, Kantonsrichter De Crouzat als Sekretär und Kassier, Tissot, Joly und Brailard für den waadtländischen Theil, Fürsprecher Arn in Narberg, Gemeindspräsident Struchen in Nyß und Dr. Salchli in Narberg für den bernischen Theil, Huber, Cornu und Hafner für den freiburgischen Theil der Bahn,

verlangt laut seinem Beschluß vom 7. August abhin durch das Organ seines Präsidenten und Sekretärs von den hohen Behörden des Kantons Bern und durch ihre Vermittlung von den Bundesbehörden nachstehende Konzeffion:

Art. 1.

Dem interkantonalen Komitee der Brogebahn wird die Konzeffion für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von der Staatsbahn bei Nyß über Narberg bis zur freiburgischen Grenze bei Träschelz unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesbehörden ertheilt.

Wenn das genannte Komitee nicht binnen zwei Jahren beim Regierungsrathe die Genehmigung einer Finanzge-

Gesellschaft nachsucht, welche sich zur Uebernahme des Baues und Betriebes der projektirten Eisenbahn verpflichtet, so ist die gegenwärtige Konzession von Rechts wegen als null und nichtig zu betrachten.

10. August
1871.

Art. 2.

Die Gesellschaft, welcher gegenwärtige Konzession ertheilt wird, hat innert der Frist eines Jahres und jedenfalls vor dem Beginn der Expropriationen eine Kaution in Baar oder eine Bürgschaft von 40,000 Franken als Garantie für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu hinterlegen. Der Kanton wird die Baarhinterlage mit drei von Hundert verzinzen. Er wird die Kaution zurückbezahlen oder zurückerstatten, sobald der Bahnbau durch die Kantonsingenieure definitiv genehmigt ist.

Art. 3.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, spätestens ein Jahr nach der Ratifikation dieser Konzession die Erdarbeiten auf waadtländischem, freiburgischem und bernischem Gebiet zu beginnen und so fortzuführen, daß sie binnen zwei Jahren vollendet sind. Gleichzeitig hat sie der Regierung, welcher das Recht der Genehmigung zusteht, den Ausweis über die finanziellen Mittel zum Bau und Betrieb der Bahn zu leisten, widrigenfalls die Konzession nach Verfluß des genannten Termins erloschen sein soll. In diesem Falle verfällt die Kaution von vierzig tausend Franken dem Staate.

Art. 4.

Nach der Genehmigung dieser Konzession durch die Bundesbehörden werden die Konzessionäre eine Aktiengesellschaft zum Bau und Betrieb der konzessionirten Bahn bilden;

10. August 1871. ihre Statuten unterliegen der Genehmigung der Regierung.

Art. 5.

Die Dauer der Konzession ist auf 99 Jahre vom Tage der Eröffnung der ganzen Bahn an festgesetzt. Nach dem Ablauf dieses Termins wird der Kanton, insofern von dem Rückkaufsrecht kein Gebrauch gemacht wird, auf Verlangen unter alsdann gemeinsam zu vereinbarenden Bedingungen eine neue Konzession erteilen.

Art. 6.

Wenn die Gesellschaft als solche ihren Sitz nicht im Kanton Bern hat, so hat sie in diesem Kanton ein Domizil zu verzeigen.

Art. 7.

Die Gesellschaft hat vor dem Beginn der Bahnarbeiten der Regierung einen detaillirten Bauplan zur Genehmigung vorzulegen, welcher hauptsächlich die Anlage der Bahn, der Bahnhöfe und Stationen, sowie auch der Korrekturen enthält, welche durch den Bahnbau an Straßen und Gewässern nothwendig werden.

Nach der Genehmigung dieses Bauplanes sind ohne Einwilligung der Regierung keine Abweichungen von demselben gestattet.

Art. 8.

Die Bahn ist mit einspurigem Unterbau anzulegen. Wenn in der Folge die einspurige Bahn nicht genügt, so ist die Gesellschaft zur Herstellung einer zweispurigen Bahn berechtigt.

Art. 9.

Die Erd- und Kunstarbeiten sind auf solide und jede

erforderliche Sicherheit bietende Weise auszuführen, ohne jedoch damit die strikteste Dekonomie für den Bahnbau auszuschließen. Die Gebäude und das Bahnmateriale müssen die nämlichen Bedingungen erfüllen.

10. August
1871.

Art. 10.

Wenn die Ausführung der Erd- und Kunstarbeiten diesen Vorschriften nicht entsprechen sollte, so ist die Regierung auf den Bericht von kontradiktorisch ernannten Experten befugt, das Nöthige vorzuzuführen.

Der Regierung wird das Recht vorbehalten, die Bahnarbeiten zu jeder Zeit zu kontrolliren und zu überwachen.

Art. 11.

Die Gesellschaft hat die Anlage der Bahn und ihrer Dependenzen auf ihre Kosten auszuführen.

Sie wird die Bahn, wo es die öffentliche Sicherheit erfordert, in ihren Kosten auf eine hinlängliche Sicherheit gewährende Weise einfrieden und die Einfriedung stets in gutem Stand erhalten.

Da wo in Folge des Baues der Bahn Uebergänge, Durchgänge und Wasserdurchlässe gebaut, überhaupt Veränderungen an Straßen, Wegen, Brücken, Stegen, Flüssen, Kanälen oder Bächen, Abzugsgräben, Wasserbrunnen oder Gasleitungen erforderlich werden, sollen alle Unkosten der Gesellschaft zufallen, so daß den Eigenthümern oder sonstigen mit dem Unterhalt belasteten Personen weder ein Schaden noch eine größere Last als die bisher getragenen aus jenen Veränderungen erwachsen können. Ueber die Nothwendigkeit und Ausdehnung solcher Bauten entscheidet, im Falle des Widerspruchs, die Regierung ohne Weiterziehung.

10. August
1871.

Art. 12.

Sollten nach Erbauung der Bahn öffentliche Straßen, Wege oder Brunnenleitungen von Staats- oder Gemeindegewegen angelegt werden, welche die Bahn durchkreuzen müssen, so hat die Gesellschaft für die Ueberschreitung ihres Eigenthums keine Entschädigung zu fordern; diese Arbeiten müssen aber so ausgeführt werden, daß der Gesellschaft kein größerer Schaden oder Nachtheil erwächst, als vorher.

Im Falle des Widerspruchs zwischen den Gemeinden und der Gesellschaft entscheidet die Regierung.

Art. 13.

Während dem Bahnbau sind von der Gesellschaft die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, daß der Verkehr auf den bestehenden Straßen und Verbindungsmitteln überhaupt nicht unterbrochen, auch an Grundstücken und Gebäulichkeiten kein Schaden zugefügt werde; für nicht abzumendende Beschädigungen hat die Gesellschaft Ersatz zu leisten.

Art. 14.

Der Bahnbetrieb soll durch Arbeiten für den Bahnunterhalt, Reparaturen oder Neubauten, höhere Gewalt vorbehalten, nicht unterbrochen werden.

Sollten der Staat oder die Gemeinden Arbeiten, welche die Eisenbahn durchkreuzen, auszuführen oder zu repariren haben, so sind diese Arbeiten in ihren Kosten und im Einverständniß mit den Abgeordneten der Gesellschaft in kürzester Frist auszuführen. Der Bahnbetrieb darf durch diese Arbeiten nur durch höhere Gewalt unterbrochen werden; in diesem Falle hat dann aber die Gesellschaft für daraus entstehende Unterbrechungen im Bahndienste kein Recht auf

Entschädigungsforderung, vorausgesetzt, daß diese Arbeiten in kürzester Frist ausgeführt werden.

10. August
1871.

Art. 15.

Die Bahn sammt beweglicher und unbeweglicher Zubehörde soll stets in gutem, volle Sicherheit bietenden Zustand erhalten werden.

Der Zustand der Bahn, sowie sämtliche Einrichtungen derselben können jederzeit durch Delegirte der Regierung untersucht werden.

Sollte die Gesellschaft allfällig entdeckten und ihr bezeichneten Mängeln oder Vernachlässigungen nicht sofort abhelfen, so ist die Regierung befugt, von sich aus auf Unkosten der Gesellschaft das Nöthige vorzukehren.

Art. 16.

Die Gesellschaft wird auf ihre Kosten diejenigen Vorkehrungen treffen, welche die Regierung für die öffentliche Sicherheit als nothwendig erachtet, sei es der Bau von Bahnwärterhäusern oder andern analogen Maßregeln.

Art. 17.

Gegenstände von naturhistorischem, antiquarischem, plastischem, überhaupt wissenschaftlichem Werthe, als z. B. Fossilien, Petrefakten, Münzen, Medaillen u. s. w., welche beim Bau der Bahn gefunden werden dürften, sind und bleiben Eigenthum des Staates.

Art. 18.

Zur Verwendung bei den Bau- und sonstigen Arbeiten soll das schweizerische Personal vorzugsweise Berücksichtigung finden.

2. August
1871.

Art. 19.

Die Gesellschaft hat sich allen Vorschriften der eidgenössischen Bundesgesetzgebung über Eisenbahnen, sowie den in Kraft bestehenden kantonalen Gesetzen, Beschlüssen und Reglementen zu unterziehen.

Art. 20.

Die Gesellschaft kann mit Genehmigung der Regierung mit anderen schweizerischen Eisenbahngesellschaften diejenigen Verabredungen treffen, welche sie für den gemeinschaftlichen Bau und Betrieb auf dem Fuß eines einheitlichen Eisenbahnnetzes als zweckmäßig erachtet, unter der ausdrücklichen Bedingung jedoch, daß diese Vereinigung von Gesellschaften die erforderlichen Garantien für die Ausführung der Bedingungen und Pflichten bietet, welche der Gesellschaft für den Bau und Betrieb der Bahn auferlegt sind.

Dagegen darf die Gesellschaft ohne ausdrückliche Erlaubniß der Regierung weder mit andern Gesellschaften eine Fusion eingehen noch den gegenwärtigen Konzessionsakt an andere Gesellschaften abtreten.

Art. 21.

Die Bahn darf ohne Bewilligung der Regierung nicht dem Betriebe übergeben werden; sie wird diese Bewilligung erst ertheilen, nachdem durch eine Inspektion und durch Probefahrten die gehörige Vollendung und Solidität der Bahn in allen ihren Theilen konstatiert ist.

Art. 22.

Nach Vollendung der Bahn wird die Gesellschaft auf ihre Kosten einen vollständigen Grenz- und Katastralplan aufnehmen und zugleich mit Beiziehung von Delegirten der Bundes- und Kantonalbehörden eine Beschreibung der

10. August
1871.

hergestellten Brücken, Uebergänge und andern Kunstbauten, sowie ein Inventar des sämmtlichen Betriebsmaterials ausfertigen lassen. Authentische Ausfertigungen dieser Dokumente, denen eine genaue und vollständig abgeschlossene Rechnung über die Kosten der Anlage der Bahn und ihrer Betriebseinrichtungen beizulegen ist, sollen in das Archiv des Kantons niedergelegt werden.

Später ausgeführte Ergänzungen oder Veränderungen am Bau der Bahn sollen in den gedachten Dokumenten nachgetragen werden.

Art. 23.

Das Bundesgesetz vom 1. Mai 1850 über die Verbindlichkeit zur Abtretung von Privatrechten nebst dem Bundesbeschlusse vom 17/19. Heumonath 1854 findet ihre Anwendung auf den Bau und den Unterhalt dieser Bahn.

Art. 24.

Das erwähnte Bundesgesetz vom 20. Mai 1850 über die Verbindlichkeiten zur Abtretung von Privatrechten findet seine Anwendung für die Erwerbung des erforderlichen Bodens für den Bau der Bahn und ihrer Dependenz, sowie auch zur Gewinnung und Ablagerung von Erde, Sand, Kies, Steinen und allen erforderlichen Materialien sowohl für die Bahn als für die herzustellenden Kommunikationen zwischen derselben und den Bauplätzen.

Art. 25.

Die Gesellschaft kann weder für die Bahn, noch für die Ladeplätze, Bahnhöfe, Stationen, Remisen, Betriebsmaterial and andere zum Eisenbahndienste nothwendige Zubehörden in kantonale oder Gemeindebesteuerung gezogen werden, bis der Nettoertrag der Bahn 5 % erreicht.

10. August
1871.

Gebäude und andere Liegenschaften, welche die Gesellschaft außerhalb des Bahnkörpers besitzt und die nicht direkt zu demselben in Beziehung stehen, unterliegen der gewöhnlichen Besteuerung.

Art. 26.

Die Gesellschaft ist ermächtigt, den Bahnbetrieb unter den in der gegenwärtigen Konzession enthaltenen Bedingungen auf die einfachste und mit möglichst wenig Kosten verbundene Weise zu organisiren.

Art. 27.

Für den Personentransport werden drei Wagenklassen erstellt, welche mit den gegenwärtig auf den schweizerischen Eisenbahnen existirenden Wagen 1., 2. und 3. Klasse korrespondiren.

Art. 28.

Als Maximum des Tarifs für den Personen-, Vieh- und Gütertransport werden folgende Taxen bestimmt:

Personen.

I. Klasse, per Stunde (von 4800 Metern)	60	Stp.
II. " " " "	45	"
III. " " " "	30	"

Kinder unter 10 Jahren zahlen auf allen Plätzen die Hälfte.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, für Billets auf Hin- und Rückfahrt, am gleichen Tage gültig, eine Ermäßigung von 20% auf obiger Taxe eintreten zu lassen. Für Abonnementsbillets zu einer regelmäßigen Benutzung der Bahn während wenigstens drei Monaten wird sie einen weitem Rabatt bewilligen.

Jeder Reisende hat das Recht zum freien Transport derjenigen Effekten, welche er selber trägt und deren Gewicht 30 Pfund (15 Kilogramm) nicht übersteigt. 10. August 1871.

Vieh.

Per Stunde (von 4800 Metern):

Pferde und Maulthiere, per Stück	80 Rp.
Ochsen, Kühe und Stiere, per Stück	40 "
Kälber, Schweine und Hunde, per Stück	15 "
Schafe und Ziegen, per Stück	10 "

Fuhrwerke.

2- und 4-rädrige mit einer Wagenabtheilung und einem Banquette im Innern	Fr. 2. 50
4-rädrige mit 2 Wagenabtheilungen und 2 Banquetten	" 3. 20
4-rädrige mit 2 oder 3 Wagenabtheilungen und 2 oder 3 Banquetten im Innern	" 3. 80

Fuhrwerke, welche mit Zügen von verminderter Schnelligkeit befördert werden, bezahlen 40 % weniger.

Waaren.

Für Waaren sind vier Klassen zu erstellen, wovon die oberste Klasse nicht über zehn Rappen, die niedrigste nicht über sechs Rappen per Stunde und per Zentner bezahlen soll (der Zentner = 50 Kilogramm).

Waaren jeder Art, welche mit der Schnelligkeit der Personenzüge befördert werden sollen, bezahlen ein Maximum von 10 Rappen per Stunde und per Zentner.

Für den Viehtransport mit der Schnelligkeit der Personenzüge ist zu der gewöhnlichen Taxe eine Zuschlagstaxe von vierzig Prozent zu bezahlen.

10. August
1871.

Baares Geld zahlt eine Taxe von vier Rappen per tausend Franken und per Stunde; Sendungen von weniger als fünfhundert Franken zahlen für eben so viel.

Gegenstände, welche weniger als fünf und zwanzig Kilogramm schwer sind, zahlen für eben so viel.

Das Minimum der Transporttaxe eines Gegenstandes darf nicht unter 40 Rappen betragen.

Die Distanzen werden per halbe Stunden (2400 Meter) berechnet; Bruchtheile einer halben Stunde zahlen für eine halbe Stunde.

Sendungen von fünfzig Pfund (25 Kilogramm) und weniger sind stets als Eilgüter zu behandeln.

Art. 29.

Traglasten mit ländlichen Erzeugnissen, deren Gewicht fünfzig Pfund nicht übersteigt und welche nach ihrer Ankunft sofort zu Handen genommen werden, sind in Begleitung ihrer Träger frachtfrei; was in diesem Fall über 50 Pfund wiegt, zahlt die gewöhnliche Güterfracht.

Art und Umfang solcher Erzeugnisse werden durch ein von der Regierung sanktionirtes Reglement näher bestimmt.

Art. 30.

Jede Aenderung an dem Tarif oder an den Transportreglementen soll gehörig veröffentlicht werden, erstere mindestens vierzehn Tage vor ihrem Inkrafttreten.

Wenn die Gesellschaft ihre Taxen herabsetzt, so soll diese Herabsetzung für die Personen wenigstens drei Monate und für die Waaren wenigstens ein Jahr in Kraft bleiben.

Diese Bestimmung findet indeß keine Anwendung mit

Hinsicht auf sogenannte Vergnügungszüge oder ausnahmsweise Vergünstigung bei besondern Anlässen. 10. August 1871.

Art. 31.

Die Taxen sollen überall und für Jedermann gleichmäßig berechnet werden. Die Eisenbahnverwaltung darf Niemanden einen Vorzug einräumen, den sie nicht unter gleichen Umständen allen andern gestattet.

Art. 32.

Die durchschnittliche Schnelligkeit der Personenzüge soll wenigstens fünf eidgenössische Wegstunden in einer Zeitstunde betragen, jeder Zwischenaufenthalt inbegriffen.

Waaren sind spätestens innert zweimal 24 Stunden nach ihrer Uebergabe an die Eisenbahnstation zu versenden.

Die Versendung von Eilgütern hat mit dem nächsten Zug zu geschehen, insofern die Abgabe zwei Stunden vor dessen Abgang stattgefunden hat.

Ausnahmen dürfen nur dann stattfinden, wenn der Versender selbst einen längern Termin gestattet, sowie auch in außerordentlichen Verhinderungsfällen.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, in Bezug auf die allgemeine Sicherheit, auf die Schnelligkeit der Züge und auf die Tarife nach einander diejenigen Verbesserungen einzuführen, welche die Umstände ihr gestatten.

Art. 33.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, einen genügenden Betriebsdienst mittelst wenigstens zwei Personenzügen per Tag auf der ganzen Linie zu unterhalten. Diese Züge sollen auf allen Stationen anhalten und eine genügende Anzahl Personen- und Güterwagen enthalten.

10. August
1871.

Art. 34.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, zu den gewöhnlichen Taxen und Bedingungen alle Reisenden und Waaren von Eisenbahnen, die mit der ihr konzessionirten Bahn in Verbindung stehen, zur Beförderung zu übernehmen.

Art. 35.

Die Waaren sind in den betreffenden Stationsladplätzen abzuliefern. Die im Tarif festgesetzten Taxen begreifen nur den Transport von Station zu Station.

Für die Auf- und Abladkosten im Innern der Bahnhöfe, sowie für den Transport der Reisenden und ihres Gepäcks wird ein besonderer Tarif aufgestellt, welcher der Genehmigung der Regierung unterliegt.

Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, über den Transportdienst besondere detaillirte Reglemente aufzustellen, welche ebenfalls der Regierung zur Sanktion vorzulegen sind.

Art. 36.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Bahn den militärischen Behörden für den Transport von eidgenössischen und kantonalen Truppen und von eidgenössischem und kantonalem Kriegsmaterial gegen Bezahlung der Hälfte der gewöhnlichen Taxen zur Verfügung zu stellen.

Die nämliche Vorschrift findet ebenfalls Anwendung auf Militärs, welche dienstlich einzig oder in Truppenkörpern besammelt reisen.

Art. 37.

Die Gesellschaft ist auf Verlangen der kompetenten Behörden gehalten, Individuen, welche von Polizei wegen auf Rechnung des Kantons befördert werden sollen, eben-

falls zu transportiren. Die Art und Weise und die Taxen für solche Transporte werden später gemeinsam vereinbart werden.

10. August
1871.

Art. 38.

Die Handhabung der Polizei auf der Eisenbahn, in den Bahnhöfen oder andern dazu gehörenden Gebäuden steht der Gesellschaft zu; die öffentlichen Behörden haben jedoch in jedem Fall und zu jeder Zeit freien Zutritt zu den Bahnhöfen und Stationen zur Herstellung der Ordnung, wenn dieselbe durch Angestellte der Gesellschaft oder durch andere Personen gestört werden sollte.

Art. 39.

Der Regierung wird das allgemeine und spezielle Aufsichtsrecht über den Betriebsdienst, sowie die Genehmigung der Fahrpläne vorbehalten; zu diesem Zweck hat die Gesellschaft für den oder die Kommissäre, welche von der Regierung mit dieser Aufsicht betraut werden, in jedem Zug einen Gratisplatz zu gewähren.

Art. 40.

Die Polizeiangestellten und die Bahnwärter sind zu beeidigen. Alle Beamten und Angestellten sind vorzugsweise aus der Zahl der Kantonsangehörigen zu wählen.

Der Regierungsrath kann die Verweisung zur Ordnung und nöthigenfalls die Abberufung derjenigen Angestellten verlangen, welche in der Ausübung ihrer Funktionen zu begründeten Klagen Anlaß geben sollten.

Art. 41.

Wenn die Eidgenossenschaft von ihrem Rückkaufsrecht keinen Gebrauch macht, so behält sich der Staat Bern selber das Recht vor, die Eisenbahn sammt dem Material,

10. August
1871.

den Gebäulichkeiten und Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90. und 99. Jahres von dem Zeitpunkt der Eröffnung des Betriebes auf der ganzen Strecke an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er die Gesellschaft jeweilen fünf Jahre zum Voraus hievon benachrichtigt hat.

Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigung nicht erzielt werden, so wird die letztere durch ein Schiedsgericht festgestellt, welches nach den Bestimmungen des Art. 37 des waadtländischen Gesetzes vom 14. Dezember 1852 über Handelsgesellschaften zusammengesetzt werden soll.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigungen gelten folgende Bestimmungen:

a) im Falle des Rückkaufes im 30., 45. und 60. Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrags derjenigen 10 Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Kanton den Rückkauf erklärt, unmittelbar vorangehen, im Falle des Rückkaufes im 75. Jahre der 22^{1/2}fache und im 90. Jahre der 20fache Werth dieses Reinertrages zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das ursprüngliche Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher bei dieser Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind diejenigen Summen, welche dem Reservefond einverleibt werden, in Abzug zu bringen.

b) Im Falle des Rückkaufes im 99. Jahre ist die muthmaßliche Summe, welche die Erstellung der Bahn und die Einrichtung derselben zum Betriebe in diesem Zeitpunkte kosten würde, als Entschädigung zu bezahlen.

c) Die Bahn sammt Zubehörde ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rückkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Staate Bern abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rückkaufssumme in Abzug zu bringen.

10. August
1871.

Streitigkeiten, die hierüber entstehen möchten, sind durch die gewöhnlichen Gerichte auszutragen.

Art. 42.

Die Gesellschaft wird der Regierung jedes Jahr einen detaillirten Bericht über die Betriebsergebnisse und den Ertrag der Unternehmung einsenden.

Art. 43.

Streitigkeiten, welche zwischen dem Staate und der Gesellschaft über die Pflichten und Bedingungen der gegenwärtigen Konzession entstehen könnten, unterliegen der Entscheidung durch die gewöhnlichen Gerichte.

Lausanne, den 30. Weinmonat 1869.

Im Namen
des interkantonalen Komite's der Broyebahn,

Der Präsident:

Ch. Estoppey.

Der Sekretär:

J. De Crouzat.

10. August
1871.

B e s c h l u ß.

Der Große Rath des Kantons Bern,
auf das Gesuch des interkantonalen Komites der
Broyebahn vom 30. Oktober 1869, um Ertheilung der
Konzession für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von
der Staatsbahn bei Lyß bis zur freiburgischen Grenze
bei Fräschelz;

auf den Antrag der mit der Vorberathung dieses Be-
gehrens betrauten Behörden,

beschließt:

Die Konzession, welche vom interkantonalen Komite
der Broyebahn nachgesucht wurde, wird unter folgenden
Bedingungen ertheilt:

- 1) Die Fahrpläne für die regelmäßigen Züge unter-
liegen der Genehmigung des Regierungsrathes, sowie
auch die Transportreglemente und die Tarife, welche
in der Folge abgeändert werden sollten.

Wenn der Reinertrag der Eisenbahn 5 % er-
reicht, so sollen die in Art. 28 angeführten Tarife
einer Revision und verhältnißmäßigen Herabsetzung
unterworfen werden.

- 2) Die Bahnverwaltung hat im Einverständnisse mit
den kompetenten Behörden die geeigneten Vorkehrun-
gen zur Sicherung des Bezugs der Konsumsteuer auf
geistigen Getränken zu treffen.
- 3) Die konzessionirte Bahn unterliegt der Besteuerung,
sobald ihr Nettoertrag 5 % erreicht.

- 4) Die in Art. 1, zweites Alinea vorgesehene Frist wird auf ein Jahr reduziert. Sowohl diese Frist als auch die in Art. 2 und 3 angeführten beginnen mit der Ratifikation der vorstehenden Konzession durch die Bundesbehörden. 10. August 1871.
- 5) Die Genehmigung der zu bildenden Finanzgesellschaft (Art. 1), sowie die Prüfung und Genehmigung des Ausweises über die finanziellen Mittel zum Bau und Betrieb der Bahn (Art. 3) bleiben dem Großen Rathe vorbehalten.
- 6) Im Art. 5 sind die Worte „unter alsdann gemeinsam zu vereinbarenden Bedingungen“ zu streichen.
- 7) Dem Art. 6 wird die Bestimmung beigefügt: Für persönliche Klagen kann die Gesellschaft bei den Gerichten des verzeigten Domizils belangt werden. Für dingliche Klagen gilt das Forum der gelegenen Sache.
- 8) Die Art. 41 und 43 des Konzessionsaktes werden in theilweiser Abänderung derselben dahin modifizirt, daß die Streitigkeiten, welche bei dem in Art. 41 vorgesehenen Rückkauf entstehen könnten, direkt und oberinstanzlich durch das eidgenössische Bundesgericht zu entscheiden sind.

Bern, den 12. Jänner 1870.

Im Namen des Großen Rathes:

Der Präsident

N. Brunner.

Der Staatschreiber

M. v. Stürler.

10. August
1871.

Bundesbeschluss,

betreffend

die Konzession für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Lyß nach Fräschelz.

(Vom 18. Juli 1871.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht:

1) eines Beschlusses des Großen Rathes des Kantons Bern vom 12. Januar 1870, durch welchen dem interkantonalen Komite der Brogethalbahn die Konzession für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von der Staatsbahn bei Lyß über Narberg bis zur freiburgischen Grenze bei Fräschelz ertheilt wird;

2) eines sachbezüglichen Berichtes des Bundesrathes vom 30. Juni 1871;

in Anwendung des Bundesgesetzes vom 28. Juli 1852;

beschließt:

Es wird der genannten Konzession die Genehmigung des Bundes ertheilt unter nachstehenden Bedingungen:

Art. 1. In Anwendung von Art. 8, Lemma 3 des Bundesgesetzes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen wird dem Bundesrathe vorbehalten, für den regelmäßigen periodischen Personentransport, je nach dem Ertrage der Bahn und dem finanziellen Einflusse des Unternehmens

auf den Postertrag, eine jährliche Konzessionsgebühr, die den Betrag von Fr. 500 für jede im Betrieb befindliche Wegstrecke von einer Stunde nicht übersteigen soll, zu erheben. Der Bundesrath wird jedoch von diesem Rechte so lange keinen Gebrauch machen, als die Bahnunternnehmung nicht mehr als 4% nach erfolgtem Abzuge der auf Abschreibungsrechnung getragenen oder einem Reservefond einverleibten Summen abwirft.

10. August
1871.

Art. 2. Der Bund ist berechtigt, die konzedirte Eisenbahn sammt dem Material, den Gebäulichkeiten und den Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90. und 99. Jahres, vom Tage der Betriebseröffnung der ganzen Brogethallinie an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er die Gesellschaft jeweilen fünf Jahre zum Voraus hievon benachrichtigt hat. Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigungssumme nicht erzielt werden, so wird die letztere durch ein Schiedsgericht bestimmt.

Dieses Schiedsgericht wird so zusammengesetzt, daß jeder Theil zwei Schiedsrichter erwählt und von den letztern ein Obmann bezeichnet wird. Können sich die Schiedsrichter über die Person des Obmanns nicht vereinigen, so bildet das Bundesgericht einen Dreierorschlag, aus welchem zuerst der Kläger und hernach der Beklagte je einen der Vorgeschlagenen zu streichen hat. Der Uebrigbleibende ist Obmann des Schiedsgerichts.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

- a. Im Falle des Rückkaufes im 30., 45. und 60. Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrags derjenigen 10 Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Bund den Rückkauf erklärt, un-

10. August
1871.

mittelbar vorangehen; im Falle des Rückkaufes im 75. Jahre der 22 $\frac{1}{2}$ fache; im Falle des Rückkaufes im 90. Jahre der 20fache, und im Falle des Rückkaufes im 99. Jahre der 18fache Werth dieses Reinertrages zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das ursprüngliche Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher dieser Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind übrigens Summen, welche auf Abschreibungsrechnung getragen oder einem Reservefond einverleibt werden, in Abzug zu bringen.

- b. Die Bahn sammt Zubehör ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rückkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Bund abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rückkaufssumme in Abzug zu bringen.

Streitigkeiten, die hierüber entstehen möchten, sind durch das oben erwähnte Schiedsgericht auszutragen.

Art. 3. Binnen einer Frist von 12 Monaten, vom Tage der Genehmigung der Konzessionen für die Brogethalbahn auf den Gebieten der Kantone Bern, Freiburg und Waadt an gerechnet, ist der Beginn mit den Erdarbeiten für die Erstellung der Bahn zu machen und gleichzeitig genügender Ausweis über die Mittel zur gehörigen Fortführung der Unternehmung zu leisten, in der Meinung, daß widrigenfalls mit Ablauf jener Frist die Genehmigung des Bundes für die vorliegende Konzession erlischt.

Art. 4. Es sollen alle Vorschriften der Bundesgesetzgebung über den Bau und Betrieb der schweiz. Eisenbahnen genaue Beachtung finden, und es darf denselben durch

die Bestimmungen der gegenwärtigen Konzession in keiner Weise Eintrag geschehen. 10. August 1871.

Art. 5. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlusses beauftragt.

Also beschlossen vom Ständerathe,
Bern, den 12. Juli 1871.

Der Präsident: **A. Keller.**

Der Protokollführer: **J. L. Lütcher.**

Also beschlossen vom Nationalrathe,
Bern, den 18. Juli 1871.

Der Präsident: **H. Brunner.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern,
beschließt:

Vorstehender Konzessionsakt nebst Bundesbeschluß soll in die Gesefsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 10. August 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Vicepräsident

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.

12. August
1871.

Reglement

für

die Thierarzneischule des Kantons Bern.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,

in Vollziehung des § 3 des Gesetzes über die Thierarzneischule des Kantons Bern vom 3. Herbstmonat 1868, erläßt folgendes Reglement für die Thierarzneischule des Kantons Bern.

I. Die Schüler.

§ 1.

Der Eintritt in den ersten Halbjahrskurs geschieht nur im Frühlinge, derjenige in die vorgerückteren Kurse jeweilen am Anfange derselben.

In der Zwischenzeit kann eine Aufnahme nur aus besondern Gründen, auf Empfehlung des Direktors, durch die Aufsichtskommission stattfinden.

§ 2.

Die Eröffnung der Kurse wird wenigstens 4 Wochen vorher unter Angabe der Aufnahmebedingungen durch den Direktor veröffentlicht.

Die Ferien an der Anstalt sind folgende:

12. August
1871.

- 1) Frühjahrsferien vom 20. März bis 20. April.
- 2) Herbstferien vom 15. August bis 15. Oktober.
- 3) Weihnachtsferien von einem Tag vor Weihnachten bis ein Tag nach Neujahr.

§ 3.

Die Anmeldung geschieht beim Direktor unter Beibringung der im § 5 des Gesetzes vorgeschriebenen Requisite.

§ 4.

Die Aufnahmeprüfung wird jeweilen kurze Zeit vor dem Beginne des Kurses durch eine von der Erziehungsdirektion zu bestellende Examenkommission abgehalten, welche ein Mitglied der Aufsichtskommission präsidiert.

Das Abgangszeugniß eines Progymnasiums oder einer mit ihm auf gleicher Höhe stehenden Anstalt wird im Allgemeinen als der Aufnahmeprüfung gleichwerthig angesehen, doch ist jeder einzelne Fall der Prüfungskommission zur definitiven Entscheidung vorzulegen.

§ 5.

Die Aufnahmeprüfung erstreckt sich auf ein mündliches Examen in der Muttersprache des Aufzunehmenden, in Arithmetik, Geometrie, Naturkunde, und die schriftliche Abfassung eines deutschen oder französischen Aufsatzes, und zwar auf einer Stufe, wie sie die oberste Klasse einer zweitheiligen Sekundarschule erreicht.

§ 6.

Ueber die Aufnahme entscheidet die Aufsichtskommission auf Antrag der Examenkommission, wobei die Lehrerschaft mit beratender Stimme beizuziehen ist. Die Aufnahme

12. August
1871. kann auch provisorisch und an gewisse Bedingungen gebunden sein. Nach drei Monaten jedoch soll die Aufsichtskommission auf Antrag der Lehrerschaft über definitive Aufnahme oder Abweisung entscheiden.

§ 7.

Mit Bewilligung des Direktors dürfen auch Nichtschüler die Kurse besuchen. Dieselben bezahlen ein halbjährliches Schulgeld von Fr. 30. Besuchen dieselben nur einzelne Vorlesungen an der Anstalt, so eht die Aufsichtskommission das Honorar auf den Antrag des Direktors fest.

§ 8.

Zum Eintritt in einen höhern Kurs ist eine Prüfung in den Fächern des vorangehenden Kurses, oder die Beibringung genügender Zeugnisse erforderlich.

§ 9.

Am Schlusse jedes Kurses wird den Eltern oder Vormündern der Schüler ein Halbjahrzeugniß über Fleiß und Leistungen der Schüler zugeschickt.

§ 10.

Die Schüler sind gehalten, sich den Anordnungen der Lehrer in Betreff der Behandlung von Patienten, allfälligen Nachtwachen, Bereitung von Medikamenten u. s. w. zu unterziehen.

§ 11.

Schüler, welche durch Unfleiß oder schlechtes Betragen den Gang der Anstalt gefährden, können nach wiederholter Mahnung von der Aufsichtskommission entlassen werden.

II. Die Lehrerschaft und der Direktor.

12. August
1871.

§ 12.

Der Direktor wird für eine Amtsdauer von vier Jahren erwählt.

§ 13.

Der Direktor vertritt die Anstalt gegenüber den Oberbehörden und nach außen. Er vermittelt den Verkehr der Schüler und Lehrerschaft mit der Aufsichtskommission. Er wacht über den gesammten Unterricht und über das Ineinandergreifen der einzelnen Lehrfächer und Stunden. Er handhabt die Disciplin an der Anstalt. Er hat die Lehrerversammlungen anzuordnen und zu leiten, besorgt die nöthigen Publikationen und die Schulzeugnisse und unterzeichnet sie.

§ 14.

Im Verhinderungsfalle des Direktors bezeichnet die Aufsichtskommission einen interimistischen Stellvertreter aus der Mitte der Lehrerschaft.

§ 15.

Die Aufsicht über die zur Anstalt gehörigen Sammlungen steht den betreffenden Lehrern zu. Sie sind für deren Bestand verantwortlich und führen darüber ein Verzeichniß.

§ 16.

Die sämmtlichen ordentlichen Lehrer der Anstalt (Hauptlehrer, Profektor und bleibend angestellte klinische Assistenten) treten je zu Anfang und zu Ende des Semesters zu einer ordentlichen Lehrerversammlung zusammen. Außerordentliche Lehrerversammlungen finden auf Veranstaltung des Direktors, oder auf das Verlangen zweier Lehrer statt.

12. August
1871.

§ 17.

Die Lehrerversammlung hat folgende Geschäfte zu erledigen :

- a. Die Wahl ihres Aktuars auf 1 Jahr. Derselbe führt das Protokoll und fertigt die Beschlüsse aus.
- b. Die Begutachtung der Wahl des Direktors, Profektors, klinischer Assistenten und neu anzustellender Lehrer, sowie die Wahlvorschläge für die Stellen eines Abwarts und der übrigen Bediensteten der Anstalt.
- c. Die Anträge über Aufnahme und Promotion der Schüler.
- d. Die Berathung und Ertheilung der Schulzeugnisse.
- e. Die Festsetzung des Stundenplans.
- f. Den Vorschlag über die Anordnung der Prüfungen.
- g. Vorschläge zur Anschaffung von Lehrmitteln.
- h. Besprechung von Anträgen und Wünschen an die Oberbehörden, sowie Aller die Anstalt interessirenden Fragen.
- i. Die rechtzeitige Ausarbeitung eines Jahresberichtes über den Gang der Anstalt an die Aufsichtskommission.

Die Lehrerversammlungen sind nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Lehrer beschlußfähig.

§ 18.

Jeder Lehrer ist verpflichtet, den Stundenplan genau einzuhalten und die ihm übertragenen Beamten zu übernehmen.

12. August
1871.

§ 19.

Der klinische Assistent wird vom Regierungsrath auf den Vorschlag des Klinikers und auf Antrag der Aufsichtskommission und der Erziehungsdirektion in der Regel auf eine Amtsdauer von 1 Jahr gewählt.

§ 20.

Ein durch die Aufsichtskommission aufzustellendes Geschäftsreglement ordnet die Rechte und Pflichten des Prosektors, des klinischen Assistenten und sonstigen Dienstpersonals der Anstalt.

§ 21.

Die Befoldung des Prosektors, klinischen Assistenten und sonstigen Dienstpersonals wird durch die Erziehungsdirektion auf den Antrag der Aufsichtskommission jeweilen festgesetzt.

§ 22.

Alle Urlaubsgesuche von Seite der Lehrerschaft unterliegen der Entscheidung der Erziehungsdirektion auf Begutachtung durch die Aufsichtskommission.

III. Die Aufsichtskommission.

§ 23.

Die Aufsichtskommission vermittelt den Verkehr zwischen der Anstalt und der Erziehungsdirektion.

§ 24.

Die Kommission ernennt aus ihrer Mitte ihren Vicepräsidenten und Sekretär.

§ 25.

Die Kommissionsversammlungen werden durch den Präsidenten einberufen und geleitet. Sie finden ordentlicher

12. August 1871. Weise zu Anfang und zu Schluß des Semesters statt, und außerordentlicher Weise auf Anordnung des Präsidenten oder den Wunsch zweier Mitglieder.

Sie sind bei Anwesenheit von 3 Mitgliedern beschlußfähig.

§ 26.

Die Aufsichtskommission hat folgende Geschäfte zu erledigen:

- a. Die Wahl ihres Vizepräsidenten und Sekretärs;
- b. die Vorschläge für neu zu besetzende Lehrstellen, für die Wahl des Direktors, Profektors und klinischen Assistenten, nach Begutachtung durch die Lehrerschaft;
- c. Anordnung der Prüfungen auf Vorschlag der Lehrerschaft (§ 17 f);
- d. die Aufnahme und Promotion der Schüler auf den respektiven Vorschlag der Examenkommission und der Lehrerschaft (§ 1, 6, 8 und 9), so wie die Bestimmung des Honorars für den Besuch einzelner Vorlesungen auf Antrag des Direktors (§ 7);
- e. Bestellung des Präsidenten für die Examenkommission (§ 4) und der Abordnung an die Lehrerversammlungen nach § 8 und 9;
- f. die Bestellung des interimistischen Stellvertreters des Direktors nach § 14 und die Begutachtung der Urlaubsgesuche (§ 22);
- g. Erledigung der Beschwerden und Wünsche von Seite der Schüler und Lehrer;
- h. Besprechung aller die Anstalt interessirenden Fragen und betreffenden Anträge;
- i. Abfassung des Jahresberichtes an die Erziehungsdirektion.

§ 27. .

12. August
1871.

Den Mitgliedern der Aufsichtskommission ist der Besuch der Unterrichtsstunden jederzeit gestattet. Ebenso soll ihnen jederzeit die Einsicht in die Bücher über die Verwaltung der Anstalt (Spital, Anatomie und Sammlungen) offen stehen und jeder nöthig erachtete Aufschluß gegeben werden.

§ 28.

Alle den Hausdienst betreffenden Stellen sind durch die Aufsichtskommission zu bestätigen.

§ 29.

Zwischen den Sitzungen der Aufsichtskommission vertritt deren Präsident in allen nicht aufschiebbaren Geschäften die Kommission und trifft die geeigneten Anordnungen.

§ 30.

Dieses Reglement tritt sofort in Kraft und soll in die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 12. August 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Vizepräsident

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.

26. August
1871.

Verordnung

betreffend

die nicht angeschriebenen Kutscher.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,

in Erläuterung und einiger Ergänzung derjenigen Bestimmungen des Kutscherreglements vom 12. Mai 1856, welche auf die Stellung der nicht angeschriebenen Kutscher Bezug haben,

gestützt auf das Dekret des Großen Rathes vom 1. März 1858,

beschließt:

1) Nicht eingeschriebenen Kutschern, welche von auswärts Reisende nach dem Berner-Oberlande bringen, ist gestattet, einen Vertrag betreffend Rückfahrt abzuschließen.

2) Es ist ihnen aber untersagt, ihre bezüglichen Dienste auf öffentlichen Plätzen, Dampfschiffbrücken und Straßen anzubieten, unter Androhung der im Art. 21 des Kutscherreglements vom 12. Mai 1856 festgesetzten Strafen (Fr. 6 Buße, sofortige polizeiliche Ausweisung und Verlust der bestellten Fahrt).

3) Im Uebrigen bleiben die nicht angeschriebenen Kutscher den Vorschriften des angeführten Kutscherreglements unterworfen.

4) Diese Verordnung, welche sofort in Kraft tritt, ist in die Gesetzsammlung aufzunehmen und in den betreffenden Amtsbezirken durch Anschlag bekannt zu machen.

26. August
1871.

Bern, den 26. August 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Vice-Präsident

Weber.

Der Rathsschreiber

Dr. Trächsel.

Verordnung

betreffend

die Abfahrt des Bergviehes.

26. August
1871.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,

auf den Antrag der Direktion des Innern,

verordnet:

§ 1.

Kein Stück Vieh darf von den Alpen und Bergweiden abgeführt werden, das nicht feuchefrei und mit dem vorgeschriebenen Gesundheitschein versehen ist.

§ 2.

Von denjenigen Weiden, auf welchen die Maul- und Klauenseuche noch herrscht, oder in jüngster Zeit geherrscht

26. August 1871. hat, darf das Vieh in der Regel erst drei Wochen nach konstatirter Heilung abgeführt werden, nachdem die Reinigung stattgefunden hat.

§ 3.

Wo die Verhältnisse einen so langen Aufenthalt des Viehes auf den Bergen nicht gestatten, kann der Regierungsstatthalter von der Frist von drei Wochen nach der Konstatirung der Heilung einen Theil (höchstens zwei Wochen) erlassen.

§ 4.

Diese Bewilligung wird nur dann ertheilt, wenn die vorgeschriebene Reinigung vor der Abfahrt unter Aufsicht eines Thierarztes oder des Berginspektors gründlich vorgenommen worden und wenn alles abzuführende Vieh von der Seuche geheilt ist.

Während des Restes der in § 3 vorgeschriebenen Frist verbleibt das Vieh an seinem neuen Bestimmungsorte unter Stallbann und darf dessen Inhaber keine Aenderung in seinem Viehbestande treffen.

§ 5.

Die Vergünstigung gemäß § 3 kann ausnahmsweise auch auf die durchgeseuchten Stücke einer Heerde Anwendung finden, in welcher noch einzelne Thiere krank sind.

Krankes Vieh soll bis nach vollständiger Genesung und Reinigung nach der Abfahrt der übrigen Thiere in Vorweiden oder Ställen untergebracht werden, welche in möglichster Nähe des Alpweges und von Weiden oder Ställen für gesundes Vieh abgesondert liegen.

Die Verpflegung der Thiere daselbst geschieht auf Rechnung ihres Inhabers.

§ 6.

26. August
1871.

Von sich aus sind die Berginspektoren in keinem Falle befugt, die in §§ 3 – 6 vorgesehenen Bewilligungen zu ertheilen.

§ 7.

Wird für einen Viehstand die Bewilligung zur Bergabfahrt vor Ablauf der Bannfrist ertheilt (§§ 3 und 5), so ist der Ortspolizei der Bestimmungsorte der betreffenden Thiere durch das betreffende Regierungsstatthalteramt von der ertheilten Bewilligung, den daran geknüpften Bedingungen und dem Tag der Abfahrt Kenntniß zu geben.

Die Ortspolizei sorgt alsdann für die Handhabung des Stallbannes. (§ 4.)

§ 8.

Für Viehstände, über welche wegen Nachbarschaft der Seuche Weid- oder Stallbann verhängt ist, in welchen aber keine Seuche herrscht, ist die Abfahrt gestattet; jedoch stehen dieselben am Bestimmungsorte unter Stallbann bis nach Verlauf von drei Wochen nach dem Ausbruch der Seuche auf der Nachbarweide. Die betreffende Ortspolizei wird davon in Kenntniß gesetzt. (§ 7.)

Das Flüchten von Vieh von Weiden, in deren Nachbarschaft die Seuche ausgebrochen ist, wird als Bannbruch bestraft.

§ 9.

Die Viehinspektoren sind insbesondere dafür verantwortlich, daß sie für keine Thiere, deren gesetzliche Bannzeit noch nicht abgelaufen ist, ohne besondere Ermächtigung des Regierungsstatthalters Gesundheitscheine ausstellen, zu welchem Zwecke es immer sei.

26. August
1871.

§ 10.

Sollte die Seuche in jetziger Jahrzeit noch auf neue Weiden sich verbreiten, so ist auf denselben nichts zu versäumen, was das Weitergreifen derselben verhindern kann. Namentlich ist es bei Nachbarschaft von gesund gebliebenem Vieh unerlässlich:

- 1) Alles Vieh nur in einem sorgfältig eingezäunten Bezirk weiden zu lassen und gegen Nachbarweiden, wo die Seuche nicht geherrscht hat, sofort in wenigstens 100 Schritt Entfernung Doppelzäune zu schlagen;
- 2) wo bloß einfache Zäune geschlagen werden können, wenigstens das Kleinvieh im Stalle oder in einer besondern, soliden Einzäunung zu verwahren;
- 3) keinem fremden Menschen den Zutritt zum Vieh zu gestatten.

§ 11.

Widerhandlungen gegen vorstehende Vorschriften werden mit einer Buße bis auf 200 Fr. bestraft, und zwar beträgt die Buße für jedes Stück, welches ohne die erforderliche Bewilligung von einer Weide abgeführt wird, 5 bis 60 Franken. Ueberdies sind die Fehlbaren für Schaden und Kosten haftbar.

Von den Bußen fällt $\frac{1}{3}$ dem Verleider und $\frac{2}{3}$ der Viehentschädigungskasse zu.

§ 12.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft. Dieselbe ist durch das Amtsblatt, sowie durch Anschlag in sämtlichen Gemeinden der Amtsbezirke Frutigen, Interlaken, Oberhasle, Saanen, Schwarzenburg, Seftigen, Signau, Ober- und Niderrsimmenthal, Thun und Trachselwald bekannt

zu machen und sämtlichen Thierärzten, Vieh- und Berginspektoren des alten Kantonstheils zuzustellen. 26. August 1871.

Bern, den 26. August 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Vice-Präsident

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. Träschel.

Bundesgesetz,

betreffend

2. Sept.
1871.

die Posttaxen von Briefpostsendungen im Innern
der Schweiz.

(Vom 13. Heumonath 1871.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
in Revision einiger Bestimmungen der Posttaxengesetze
vom 6. Hornung und 25. Heumonath 1862 (VII, 139 und 321);
nach Einsicht der Botschaft des Bundesrathes vom
29. Mai 1871,

beschließt:

Art. 1. Die Taxe für den Posttransport frankirter
inländischer Briefe im Innern der Schweiz ist, ohne Unter-
schied der Entfernung, mit einziger Ausnahme des Art. 2

2. Sept. 1871. hienach, bis auf das Gewicht von 15 Grammen auf 14 Rappen festgesetzt.

Art. 2. Von frankirten Briefen, die von dem Postbureau oder der Ablage des Versendungsortes bis zum Postbureau oder der Ablage des Bestimmungsortes in gerader Linie nicht weiter als 2 Stunden befördert werden beträgt bis zum Gewichte von 15 Grammen die Taxe 14 Rappen.

Art. 3. Von frankirten schweren Briefen oder Schriftpaketen über 15 Gramme bis auf 250 Gramme wird der doppelte Betrag der oben bezeichneten einfachen Briestaxe berechnet.

Von Sendungen über 250 Gramme, welche der Briefpost zur Beförderung aufgegeben werden, ist die ordentliche Fahrposttaxe zu berechnen, jedoch niemals weniger als die für Briefe bestimmte Taxe.

Art. 4. Die Taxe von Drucksachen, welche frankirt und behufs der Verifikation des Inhalts der Sendungen unter Band aufgegeben werden, beträgt ohne Unterschied der Entfernung:

bis auf 40 Gramme	2 Rappen,
über 40 bis 250 Gramme . . .	5 "
" 250 " 500 " . . .	10 "

Von Sendungen über 1 $\mathcal{L}$ wird die Taxe wie vor Fahrpoststücken berechnet.

Art. 5. Von Briefen, Schriftpaketen, Drucksachen und Waarenmustern im internen Briefpostverkehr, ohne Unterschied der Entfernung und des Gewichtes, welche nicht frankirt oder unvollständig frankirt worden sind, ist außer der vollen Frankotaxe eine Zuschlagtaxe von 5 Rappen zu berechnen. Der Werth der für theilweise Frankirung ver

wendeten Frankomarken wird auf dem Gesamtbetrag der Taxe in Abzug gebracht.

2. Sept.
1871.

Art. 6. Von einzuschreibenden Briefen, Schriftpaketen, Drucksachen und Waarenmustern ist außer der gewöhnlichen Taxe eine fixe Einschreibgebühr von 10 Rappen zu berechnen. Diese Beträge müssen mittels Frankomarken vorausbezahlt werden.

Art. 7. Das im Artikel 2 des Bundesgesetzes über die Posttaxen von Drucksachen und abonnierten Zeitungen vom 25. Heumonats 1862 für Zeitungen und andere periodische Blätter festgesetzte Einheitsgewicht von 30 Grammen wird hiemit auf 40 Gramme erhöht.

Art. 8. Durch vorstehende Bestimmungen, welche mit dem 1. Herbstmonat 1871 in Kraft treten, werden die Artikel 1, 2, 3 und 5 des Posttaxengesetzes vom 6. Hornung 1862, sowie der Art. 1 desjenigen vom 25. Heumonats 1862 außer Kraft gesetzt, und der Art. 2 des nämlichen Gesetzes bezüglich der Gewichtsbegrenzung, sowie der Art. 3 des Posttaxengesetzes vom 27. Heumonats 1869, betreffend die Waarenmuster, abgeändert.

Art. 9. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt.

Also beschlossen vom Ständerathe,
Bern, den 10. Heumonats 1871.

Der Präsident: **A. Keller.**

Der Protokollführer: **J. G. Lütcher.**

Also beschlossen vom Nationalrathe,
Bern, den 13. Heumonats 1871.

Der Präsident: **A. Brunner.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

2. Sept.
1871.

Der schweizerische Bundesrath beschließt:
Vollziehung des vorstehenden Bundesgesetzes.

Bern, den 4. Augustmonat 1871.

Der Bundespräsident: **Schent.**

Der Kanzler der Eidgenossenschaft: **Schieß.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern
beschließt:

Vorstehendes Bundesgesetz soll in die Gesetzsammlung
aufgenommen werden.

Bern, den 2. September 1871.

Im Namen des Regierungsrathes
Der Präsident

Rummer.

Der Kanzlei-Substitut

H. Winnig.

Betreffend

die eidgenössische Volkszählung vom 1. Christmonat 1870.

(Vom 21. Heumonate 1871.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft,
auf den Vorschlag des Bundesrathes,

beschließt:

Art. 1. Als Ergebnis der nach dem Bundesgesetze vom 3. Hornung 1860 und gemäß der Vollziehungsverordnung vom 27. Mai 1870 ausgeführten Volkszählung vom 1. Christmonat 1870 wird anerkannt was folgt:

Kantone.	Ortsanwesende Bevölkerung.					Wohn- bevölkerung.	
	Schweizer.			Aus- länder.	Heimatlose.		
	Bürger des Kantons.	Bürger anderer Kantone.	Total.				
Zürich	241,753	27,827	269,580	15,183	23	284,786	284,058
Bern	463,585	28,859	492,444	13,981	30	506,455	501,559
Luzern	122,922	7,657	130,579	1,758	1	132,338	132,153
Uri	14,968	1,025	15,993	114	—	16,107	16,095
Schwyz	43,078	3,893	46,971	733	1	47,705	47,733
Unterwalden ob dem Wald	12,802	1,515	14,317	88	10	14,415	14,443
" nid dem Wald	10,252	1,300	11,552	144	5	11,701	11,701
Glarus	29,689	4,681	34,370	779	2	35,151	35,210
Zug	14,791	5,665	20,456	537	—	20,993	20,925
Freiburg	95,293	13,086	108,379	2,450	3	110,832	110,409
Solothurn	62,609	10,277	72,886	1,826	1	74,713	74,608
Basel-Stadt	14,353	19,197	33,550	14,206	4	47,760	47,040
Basel-Landschaft	42,789	9,191	51,980	2,146	1	54,127	54,026
Schaffhausen	30,845	3,731	34,576	3,145	—	37,721	37,642
Appenzell A. Rh.	40,621	7,254	47,875	851	—	48,726	48,734
" J. Rh.	11,405	377	11,782	127	—	11,909	11,922
St. Gallen	154,956	29,434	184,390	6,624	1	191,015	190,677
Graubünden	82,869	4,958	87,827	3,761	194	91,782	92,103
Nargau	184,020	11,213	195,233	3,637	3	198,873	198,718
Thurgau	78,248	11,085	89,333	3,966	1	93,300	93,202
Tessin	110,241	545	110,786	8,638	196	119,620	121,592
Vaadt	182,283	32,742	215,025	16,669	6	231,700	229,664
Wallis	91,096	2,133	93,229	3,555	103	96,887	96,722
Neuenburg	47,753	39,136	86,889	10,389	6	97,284	95,425
Genf	40,490	17,138	57,628	35,544	23	93,195	88,752
	2,223,711	293,919	2,517,630	150,851	614	2,669,095	2,655,113

Art. 2. Die in dem vorigen Artikel enthaltene Zählung ist bis zur Vornahme einer neuen eidgenössischen Volkszählung maßgebend.

Art. 3. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlusses beauftragt.

Also beschlossen vom Ständerathe,

Bern, den 19. Heumonath 1871.

Der Präsident: **A. Keller.**

Der Protokollführer: **J. L. Lütcher.**

Also beschlossen vom Nationalrathe,

Bern, den 21. Heumonath 1871.

Der Präsident: **H. Brunner.**

Der Protokollführer: **Schieß.**

Der schweizerische Bundesrath beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlusses.

Bern, den 2. Augustmonath 1871.

Der Bundespräsident: **Schul.**

Der Kanzler der Eidgenossenschaft: **Schieß.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt:

Vorstehender Bundesbeschluss soll in die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 10. August 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Vice-Präsident

Weber.

Der Rathschreiber

Dr. Träschel.

Kreis Schreiben des Regierungsrathes9. Sept.
1871.

an

sämmliche Regierungsstatthalter,

betreffend

**den Verleiderantheil der Landjäger an Bußen für
Salzschmuggel.**

Bekanntlich bestimmt die Verordnung vom 6. Januar 1804, betreffend den Schleichhandel mit Salz, daß von den wegen solchen verbotenen Handels eingehenden Bußen zwei Drittel dem Verleider und ein Drittel den Armen des Orts zufallen sollen. — Nun ist zu unsrer Kenntniß gekommen, daß einzelne, wenn auch wenige Regierungsstatthalter Bedenken tragen, in Fällen von Salzschmuggel die vorgeschriebenen zwei Drittel der Buße dem Verleider auszurichten, wenn dieser ein Landjäger ist.

Diese Bedenken sind aber nicht begründet und wir wollten deßhalb aus gehabtem Anlaß nicht unterlassen, zu Sicherung eines gleichförmigen Verfahrens sämmtlichen Regierungsstatthaltern die bestimmte Weisung zugehen zu lassen, in allen Straffällen von Salzschmuggel, wo der Verleider ein Landjäger ist, diesem zwei Drittel der eingehenden Bußen als Verleiderantheil auszurichten.

9. Sept.
1871. Sie wollen gegenwärtiges Kreisschreiben in Ihr Mandatenbuch eintragen lassen. Dasselbe wird auch in die Gesetzsammlung eingerückt werden.

Bern, den 9. Herbstmonat 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Kummer.

Der Kanzleisubstitut

H. Rinnig.

11. Oktober
1871.

B e s c h l u ß,

betreffend

Dhmgeldbramtionen.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,
in Erwägung:

Daß es angemessen erscheint, die Besoldungen einiger Dhmgeldeinnehmer mit dem durch die Verkehrsverhältnisse veränderten Geschäftsumfang in Uebereinstimmung zu bringen und den Dhmgeldbezug auf den Stationen Biel und Thun besser zu ordnen,

in Anwendung der ihm nach § 19 des Besoldungsgesetzes vom 28. März 1860 zustehenden Befugniß,
auf den Antrag der Finanzdirektion,

beschließt:

1. Die Besoldungen der Einnehmer folgender Dhmgeldbüreaux werden erhöht:

Abligen	von Fr.	100	auf Fr.	150.	11. Oktober 1871.
Biel	" "	1200	" "	1800.	
Brügg	" "	50	" "	100.	
Emmenmatt	" "	80	" "	120.	
Langnau	" "	500	" "	750.	
Lyf	" "	200	" "	300.	
Münchenbuchsee	" "	100	" "	160.	
Müntschemier	" "	80	" "	100.	
Ostermundigen	" "	80	" "	120.	
Sensenbrück	" "	150	" "	180.	
Signau	" "	150	" "	180.	
Suberg	" "	50	" "	80.	
Wichtrach	" "	50	" "	120.	
Worb	" "	150	" "	250.	
Zäziwyl	" "	100	" "	180.	
Bern, Lastwaage	" "	700	" "	800.	

2. Dagegen werden herabgesetzt die Befoldung der Einnehmer von

Huttwyl	von Fr.	150	auf Fr.	80.
Inz	" "	260	" "	200.
Kallnach	" "	450	" "	200.
Kröfchenbrunnen	" "	400	" "	200.
Melchnau	" "	150	" "	100.

3. Die Stelle eines Ohmgeldgehülften in Biel mit Fr. 1100 jährlicher Befoldung und freier Wohnung wird aufgehoben und diese Wohnung dem Beamten unentgeltlich überlassen.

4. Es wird eine Gehülftenstelle für das Ohmgeldbureau in Thun errichtet mit einer jährlichen Befoldung von Fr. 1200.

11. Oktober
1871.

5. Bezüglich der Beforderungserhöhungen und Herabsetzungen tritt dieser Beschluß mit dem 1. Januar 1872 in Kraft, sofern nicht die Amtsdauer eines Beamten vor diesem Zeitpunkte abläuft, in welchem Falle der Tag der Erwählung bestimmend ist.

Die Finanzdirektion ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt und es soll derselbe in die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 11. Oktober 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Kummer.

Der Rathschreiber

Dr. **Trächsel.**

Uebereinkunft

zwischen

11. Oktober
1871.

der Finanzdirection des hohen Standes Solothurn
und derjenigen des Kantons Bern, betreffend die
Vereinigung gegenseitiger Ohmgeldbüreaux längs
der bernisch-solothurnischen Grenze.

In der Absicht, den öffentlichen Verkehr zu erleichtern,
die richtige Entrichtung der Getränkeabgabe gegenseitig sich
möglichst zu sichern, und die beidseitigen Verwaltungen
möglichst zu vereinfachen, haben sich die contrahirenden
Theile dahin verständigt:

1. Die gegenseitigen Ohmgeldbüreaux werden je einem
Beamten anvertraut, der die Controllen über die Ein-,
Aus- und Durchfuhr der Getränke und den Bezug und
die Rechnungsführung über die daherigen Gebühren für
beide Kantone zugleich zu besorgen hat.

2. Diese gemeinschaftlichen Büreaux sind folgende:

A. Auf Gebiet des Kantons Bern:

Oberwyl, Wengi, Limpach, Kräylingen, Niederönz, Inf-
wyl, Wangen, Attismyl, Dürrmühle, Crémine,
Wahlen, Burg und Angenstein.

B. Auf Gebiet des Kantons Solothurn:

Grenchen, Schnottwyl, Niedergerlafingen, Obergerla-
fingen, Recherswyl, Winistorf, Volken, Wolfswyl,
Bärschwyl, Breitenbach, Roderis, Kleinlüzel, Roderis-
dorf, Flühen und Rennigkofen.

11. Oktober
1871.

3. Diese Doppelbeamten haben die Weisungen der Ohmgeldverwaltungen, sowie überhaupt die bestehenden und noch zu erlassenden Instruktionen, Gesetze und Verordnungen beider Kantone zu befolgen.

4. Dieselben werden von Seite der betreffenden Behörde des Kantons, auf dessen Gebiet das Bureau sich befindet, auf die gesetzliche Amtsdauer ernannt.

5. Die Erwählten haben ihre Stellen zu verbürgen und für die gesetzliche Stellvertretung zu sorgen. Die zu leistende Bürgschaft wird von der competenten Behörde des betreffenden Kantons, auf dem sich das Bureau befindet, festgesetzt, seiner Zeit genehmigt und an den üblichen Orten aufbewahrt; die Cautionssumme haftet für beide Kantone im Verhältniß der von den contrahirenden Theilen geleisteten Besoldungen.

6. Jeder der contrahirenden Theile ist ferner gehalten, dem andern die Ohmgeldcontrollen, Bücher und sonstige gewünschte Auskunft mitzutheilen, sowie auch allfälligen Klagen gegen gemeinschaftliche Ohmgeldbeamte Rechnung zu tragen.

7. Allfällige Widerhandlungen gegen die beidseitigen Ohmgeldgesetze sollen von den betreffenden Beamten für beide Verwaltungen dem zuständigen Richter angezeigt werden. Jede Verwaltung verfährt nach den für sie maßgebenden Gesetzen.

8. Die Besoldungen dieser gemeinschaftlichen Beamten, sowie das Beitragsverhältniß jedes Kantons an dieselben ist folgendes :

Zehngeldbüreau.	Gebiet.	Beitrag von		Total. Be- soldung.
		Solo- thurn.	Bern.	
1. Angenstein (nebst freier Wohnung)	Bern.	180	2,000	2,180
2. Attiswyl	"	70	400	470
3. Bärschwyl	Solothurn.	100	40	140
4. Bolken	"	40	40	80
5. Breitenbach	"	300	50	350
6. Burg	Bern.	40	eidg.	40
7. Crémines	"	80	100	180
8. Dürrmühle (nebst freier Wohnung)	"	120	550	670
9. Flühen	Solothurn.	180	40	220
10. Grenchen	"	340	120	460
11. Intwyl	Bern.	40	40	80
12. Kranligen	"	50	160	210
13. Kleinlüzell	Solothurn.	130	40	170
14. Limpach	Bern.	50	150	200
15. Nennigkofen	Solothurn.	70	70	140
16. Niederönz (nebst freier Wohnung)	Bern.	70	40	110
17. Niedergerlafingen	Solothurn.	70	200	270
18. Obergerlafingen	"	40	40	80
19. Oberwyl	Bern.	100	80	180
20. Recherswyl	Solothurn.	40	40	80
21. Rodersdorf	"	90	40	130
22. Roderis	"	120	40	160
23. Schnottwyl	"	200	100	300
24. Wahlen	Bern.	40	40	80
25. Wangen (nebst freier Wohnung)	"	40	100	140
26. Wengi	"	140	120	260
27. Wolfswyl	Solothurn.	100	40	140
28. Winistorf	"	40	40	80

Der Regierungsrath des Kantons Bern, auf den Antrag der Finanzdirektion, ertheilt hiemit vorstehender Ueberkunft seine Genehmigung.

11. Oktober
1871.

Bern, den 11. Oktober 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Kummer.

Der Rathschreiber

Dr. **Trächsel.**

D e k r e t,

betreffend

1. November
1871.

die Erstellung eines Gebäudes für das Kunstmuseum.

Der Große Rath des Kantons Bern,

in der Absicht, die Kunstbestrebungen zu fördern und den bereits vorhandenen werthvollen Kunstgegenständen eine angemessene Stätte zu sichern,

auf den Antrag des Regierungsrathes,

beschließt:

§ 1.

Es wird die Gesellschaft, welche sich zur Erstellung eines neuen Gebäudes für das Kunstmuseum bildet, in dem Sinne als juristische Person anerkennt, daß sie unter Aufsicht der Regierungsbehörden auf ihren eigenen Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen kann.

1. November
1871.

§ 2.

Es tritt der Staat der Gesellschaft südlich der verlängerten Bundesgasse 15,000 □' als Bauplatz nebst Umschwung ab und die Gesellschaft erstellt auf ihre Kosten ein neues Gebäude für das Kunstmuseum.

Der Staat wird mit einem Antheil von 150,000 Franken Miteigenthümer des neuen Gebäudes und es ist ihm in den Verwaltungsbehörden der Gesellschaft eine seinen Leistungen entsprechende Vertretung einzuräumen.

§ 3.

Die Statuten der Gesellschaft unterliegen der Genehmigung des Regierungsrathes.

Bern, den 1. Wintermonat 1871.

Im Namen des Großen Rathes:

Der Präsident

C. Karrer.

Der Staatschreiber

M. v. Stürler.

Der Regierungsrath des Kantons Bern
beschließt:

Vorstehendes Dekret soll in die Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Bern, den 9. Wintermonat 1871.

Im Namen des Regierungsrathes:

Der Präsident

Kummer.

Der Rathschreiber

Dr. Trächsel.